

Rezensionen

Antisemitische Propaganda



Melanie Wager

»Der Stürmer« und seine Leser.

Ein analoges antisemitisches Netzwerk.

Zur Geschichte und Propagandawirkung
eines nationalsozialistischen Massen-
mediums

Berlin: Metropolis, 2023, 537 S., € 36,—

Die von Julius Streicher von 1923 bis 1945 herausgegebene Zeitschrift *Der Stürmer* dürfte die bekannteste NS-Publikation sein. Das ist paradox, handelte es sich doch um ein privates Blatt von Streicher, mit dem dieser nicht nur viel Geld verdiente, sondern auch die öffentliche Meinung im NS-Staat kräftig beeinflusste. Im Rückblick erscheint der *Stürmer* vielfach als die paradigmatische Form der antisemitischen Propaganda, gleichzeitig jedoch auch als so abseitig und unappetitlich pornografisch und brutal, dass man sich scheut, auf die Zeitschrift einen genaueren Blick zu werfen.

Melanie Wager stellt im ersten Teil der auf ihrer Dissertation beruhenden Publikation die Geschichte des *Stürmers* dar. Die ersten Nummern kreisten noch um Lokalpolitik, Streichers Gegner wurden mit antisemitischen Denunziationen beworfen. Schon bald jedoch strickte der Herausgeber die von ihm entwickelte Masche zu einem propagandistischen und ökonomischen Erfolgsrezept. Dabei halfen ihm eine Redaktion (»Schriftleitung«) und bis zu etwa 310 Verlagsangestellte Mitte der 1930er Jahre. Der bekannteste Mitarbeiter war Philipp Rupprecht, verantwortlich für einige Tausend antisemitischer Karikaturen, die er mit »Fips« zeichnete und die als unverwechselbares Charakteristikum der Hetzschrift zur Bildikonografie des Nationalsozialismus gehören. Das bedingt aber eine Akzentuierung in der Vorstellung des Antisemitismus, die dessen vulgäre Aspekte in den Vordergrund rückt und jene einer politischen Pseudorationalität, die die Reden von Hitler und anderen wie auch die zentralen NS-Publikationen prägte, wenig hervorscheinen lässt. Weniger bekannt ist wohl auch, dass die Karikaturen im *Völkischen Beobachter* durchaus nahe an jene des *Stürmers* heranreichten.

Durch einen ständigen Appell an niedere Instinkte verschob die *Stürmer*-Propaganda die sozialen und moralischen Standards und trug so erheblich zur Akzeptanz der NS-Judenpolitik bei. Im Konzert antisemitischer Medien der NS-Zeit hatte jede Publikation eine argumentative und zielgruppenspezifische Funktion. Wo der *Stürmer* starke Affekte provozierte, stellten andere Blätter den Antisemitismus als selbstverständlich im (pseudo-)rationalen alltäglichen Denken über Gesellschaft und Politik dar.

Wager zeichnet die Biografie Streichers nach, der den *Stürmer* auch zum persönlichen Goldesel machte. Nach 1933 war er, noch als Gauleiter, in einige »Arisierungen« verwickelt. Die Methode war ebenso effektiv wie perfide: Zunächst im *Stürmer* angeprangert und wirtschaftlich beschädigt, dann durch administrative Repressionen unter Druck gesetzt, verloren jüdische Eigentümer ihren Firmenbesitz. Lokale Unternehmer aus Streichers Netzwerk nahmen gerne die »Arisierungsgewinne« mit (S. 134 f.).

Wegen Korruption, Misshandlung von Häftlingen und einem anstößigen Lebenswandel wurde Streicher 1940 seiner Parteiämter enthoben, konnte aber weiter den *Stürmer* herausbringen.

Nach Kriegsende wurde er in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher angeklagt. Sein Verteidiger forderte einen Freispruch und behauptete, Streicher sei »der unbedeutende Herausgeber einer herzlich unbedeutenden Wochenschrift« (S. 321), worin ihm das Gericht nicht folgte. Streicher wurde 1946 gehängt.

Im zweiten Teil des Buchs beschreibt Wager die Interaktion des *Stürmers* mit seiner Leserschaft. Die umfangreiche Korrespondenz zwischen Lesern und Redaktion hatte eine wichtige Funktion, indem dem *Stürmer* Geschichten und Denunziationen zufließen, die ansonsten nicht ins Blatt gefunden hätten. Es waren auch engagierte Leser, von denen die Initiative zur Aufstellung von »Stürmer-Kästen« ausging, in denen mehrheitlich Partei-Gliederungen, aber zu einem Viertel auch Privatleute ihre Lektüre und Gesinnung präsentierten. Eine Liste der Aufstellungsorte von über 2.100 »Stürmer-Kästen«, die Wager akribisch recherchiert hat, zeigt, wie ubiquitär die *Stürmer*-Propaganda war, buchstäblich ein Massenmedium der Zeit. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Wagers Liste bei weitem nicht alle dieser Orte erfasst. Nicht selten waren die »Stürmer-Kästen« umkämpft, und es gibt viele Hinweise, dass dort, wo der *Stürmer* gelesen wurde, antisemitische Stimmungen und Aktionen folgten. Wager spricht davon, dass der *Stürmer* eine »Selbstermächtigung der Leserschaft« forderte und förderte (S. 343).

In den Kriegsjahren näherte sich der *Stürmer* inhaltlich anderen NS-Publikationen an, rückte die politischen Aspekte des Antisemitismus stärker in den Vordergrund und betonte, was in Hitlers Reden, im *Völkischen Beobachter* und in vielen Publikationen die Tiefenstruktur darstellte: die Vorstellung eines politischen Kampfs um die Herrschaft in Deutschland, Europa und der Welt.

Wagers Verdikt, der *Stürmer* habe eine »systemunterstützende Rolle« (S. 155) innegehabt, ist etwas zu zurückhaltend. Streichers Blatt evozierte einen affektgeladenen Antisemitismus und trieb die Politik der Verfolgung aktiv an. Den Begriff »Netzwerk« auf die Leser-Blatt-Verbindung anzuwenden, ist verlockend. Da allerdings die Kommunikation nur zwischen Redaktion und der Leserschaft lief, und kaum unter den Leserinnen und Lesern, ist das Bild weniger überzeugend.

Wolfram Meyer zu Uptrup
Berlin

»Berufsverbrecher« als KZ-Häftlinge



Andreas Kranebitter

Die Konstruktion von Kriminellen.

*Die Inhaftierung von »Berufsverbrechern«
im KZ Mauthausen*

Wien: new academic press, 2024, 448 S.,
€ 29,90

Im Februar 2020 beschloss der Deutsche Bundestag, Menschen, die in der NS-Zeit als angebliche »Asoziale« und »Berufsverbrecher« in Konzentrationslager verschleppt worden waren, als Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen. Vier Jahre später folgte eine entsprechende Novelle des Opferfürsorgegesetzes in Österreich. Einen maßgeblichen Impuls für diese späten Entscheidungen hatte die Petition einer Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegeben. Zwei Forscherinnen aus diesem Kreis hatten bereits 2016 Studien über »Berufsverbrecher« publiziert, die stigmatisierende Narrative über »grüne Kapos« und kriminelle KZ-Häftlinge in den Lagern Sachsenhausen und Ravensbrück hinterfragten und ein differenziertes Bild präsentierten.¹ Dies ist auch ein Anliegen des Bands von Andreas Kranebitter über die als »Berufsverbrecher« stigmatisierten männlichen Häftlinge im Konzentrationslager Mauthausen. Der Soziologe, der über viele Jahre an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen tätig war und seit 2023 wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs Österreichischer Widerstand (DÖW) in Wien ist, war auch an der Initiative zur Anerkennung dieser Verfolgten beteiligt.

Jedes der zehn Kapitel der thematisch untergliederten Studie wird mit der Biografie eines Betroffenen anschaulich eingeleitet. Die Kapitel behandeln unter anderem Aspekte wie den Wandel vom Tat- zum Täterstrafrecht und die Praxis der kriminalpolizeilichen Vorbeugehaft. Kranebitter geht besonders auf die Akteursrolle der Betroffenen ein, die häufig aufgrund von Eigentumsdelikten vorbestraft waren, und greift hierbei vor allem auf Alf Lüdtkes Konzept des Eigen-Sinns zurück. Dies erläutert er unter anderem am Beispiel der Strategie einzelner Häftlinge, die weitere Straftaten gestanden, um an die Justiz und damit in ein Gefängnis überstellt zu werden.

Die Studie hinterfragt das Narrativ über gewalttätig und rücksichtslos agierende »grüne Kapos«. So war nur eine Minderheit der »Berufsverbrecher« zugleich Funktionshäftling. Auch zeigt der Autor im Vergleich von Häftlingsbiografien die Spannbreite des Handelns von Funktionshäftlingen mit dem grünen Winkel, das von der Tötung anderer Häftlinge bis zu Widerstandshandlungen gegen die SS reichte, jedoch in seinen Spielräumen durch spezifische Zwänge der Häftlingsgesellschaft begrenzt war.

Kranebitter stellt die verbreitete Zuschreibung infrage, dass »Berufsverbrecher« von der SS privilegiert worden seien. Ihr Status innerhalb der Häftlingsgesellschaft sei demnach weniger auf ihre Häftlingskategorie zurückzuführen. Ausschlaggebend sei vielmehr das Senioritätsprinzip gewesen, dem zufolge Häftlinge mit einer längeren Haftdauer vielfach eine weniger rücksichtlose Behandlung vonseiten der SS und der Funktionshäftlinge erfuhren als neu eingewiesene Häftlinge, was diese oft als Privilegierung sämtlicher »Berufsverbrecher« wahrnahmen. Da in den ersten Monaten des Bestehens des Lagers ausschließlich »Berufsverbrecher« dorthin verschleppt wurden, gehörten später zahlreiche »alte« Häftlinge (S. 222) dieser Gruppe an.

Ausführlich geht die Arbeit auf breiter Quellengrundlage auf Biografien Betroffener ein. Neben Unterlagen der Arolsen Archives, der Sammlung und dem Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen sowie Berichten von ehemaligen KZ-Häftlingen anderer Häftlingsgruppen sind dies vor allem personenbezogene Fallakten sowohl der zeitgenössischen Strafjustiz als auch österreichischer Nachkriegsinstitutionen wie der Opferfürsorge und des KZ-Verbands. Die Betroffenenperspektive wird, wo immer möglich, rekonstruiert. In einem Themenfeld, in dem oft der Mangel an Ego-Dokumenten von Betroffenen beklagt und mit dem Fortdauern der gesellschaftlichen Stigmatisierung erklärt wurde, zeigt Kranebitter, dass sich solche Quellen durchaus vielfach ermitteln lassen. Historisch besonders interessant erscheinen hier einzelne überlieferte Zeitzeugenberichte von Überlebenden und Interviews mit deren Angehörigen.

Abschließend rekonstruiert Kranebitter die Situation von Überlebenden im Nachkriegsösterreich. Von Entschädigungsleistungen der Opferfürsorge waren sie von vornherein ausgeschlossen. Aus der Organisation der politischen KZ-Häftlinge, dem sogenannten KZ-Verband, wurden sie – unabhängig von ihren individuellen Handlungen im Lager – spätestens ab 1947 systematisch herausgedrängt. Der Autor fordert eine intensivere Beschäftigung der Forschung mit solchen Prozessen einer »zweiten Stigmatisierung« (S. 380) nach 1945. Andreas Kranebitter erweitert mit seiner glänzend recherchierten Studie den Forschungsstand deutlich.

Jens Kolata

Fritz Bauer Institut

¹ Dagmar Lieske, *Unbequeme Opfer? »Berufsverbrecher« als Häftlinge im KZ Sachsenhausen*, Berlin 2016; Sylvia Köchl, *»Das Bedürfnis nach gerechter Sühne«. Wege von »Berufsverbrecherinnen« in das Konzentrationslager Ravensbrück*, Wien 2016.

Verfolgung und Stigmatisierung



Frank Nonnenmacher (Hrsg.)

*Die Nazis nannten sie »Asoziale«
und »Berufsverbrecher«.*

*Verfolgungsgeschichten im National-
sozialismus und in der Bundesrepublik*

Frankfurt am Main: Campus, 2024,
372 S., € 29,–

Sogenannte Asoziale und Berufsverbrecher wurden erst 75 Jahre nach Kriegsende offiziell von der Bundesregierung als Opfer des NS-Regimes anerkannt. Den Anstoß dazu gab Frank Nonnenmacher, selbst Angehöriger eines KZ-Häftlings mit dem »grünen Winkel«, der gemeinsam mit einigen weiteren einschlägig Forschenden eine Onlinepetition startete. Die Anerkennung kam zu spät für die Betroffenen, deren Lebenslauf auch nach dem Krieg von Stigmatisierung und Ausgrenzung gezeichnet war. Wichtig war dieser Beschluss aber für die Angehörigen der Opfer, deren Familien von dem Trauma jahrzehntelanger Verfolgung und Marginalisierung ebenfalls geprägt wurden.

Trotz des nun offiziellen Opferstatus ist die Verfolgung sogenannter Asozialer und Berufsverbrecher immer noch eine Randscheinung der Erinnerung an den Holocaust.

Frank Nonnenmacher gründete mit anderen Nachkommen 2023 den Verband für das Erinnern an die verleugneten Opfer des Nationalsozialismus – vevon. Nun legt er ein Buch vor, in dem 20 Autorinnen und Autoren, die meisten von ihnen Gründungsmitglieder des Verbands, über die Schicksale ihrer Vorfahren berichten, die im NS-Staat als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« verfolgt wurden. Die Texte rücken individuelle Schicksale zum ersten Mal in gesammelter Form in das Bewusstsein eines breiteren Publikums. Durch die Perspektive der Nachkommen stellen die einzelnen Kapitel eine Intimität her, die das generationenübergreifende Trauma anschaulich macht.

Deutlich wird vor allem, dass die Opfer häufig durch extreme Armut in die Kleinkriminalität getrieben wurden. Johanna Römmler zum Beispiel wuchs mit zwölf Geschwistern auf. Nach ihrer achtjährigen Schulzeit erlernte sie keinen Beruf und arbeitete zunächst als Magd und Dienstmädchen. Im Jahr 1922, im Alter von 16 Jahren, wurde sie wegen Lebensmitteldiebstahl zum ersten Mal verhaftet. Ende der 1930er Jahre verdiente sie einen Teil ihres Lebensunterhalts als Prostituierte. Diese wiederholten Bagatelldelikte wurden ihr im NS-Staat zum Verhängnis. Nach einer dreijährigen Zuchthausstrafe wurde sie nicht entlassen, sondern als Vorbeugehäftling nach Auschwitz deportiert, wo sie 1944 ermordet wurde.

In der Erzählung André Glöckners über seine Großtante Johanna Römmler bleibt, wie in einem Großteil der Beträge, das Zusammenspiel von individuellem Handeln (Agency) und sozialer Struktur, das aus soziologischer Sicht Bestandteil eines jeden Lebenslaufs ist, ausgespart. Variablen wie Kinderreichtum, Drogensucht und Stigmatisierung tragen dazu dabei, dass Menschen in die Kriminalität abrutschen. Jedoch trifft jeder Mensch täglich eigene Entscheidungen, die sein Leben beeinflussen. Diese Komplexität kommt nur in wenigen Beiträgen zur Sprache, beispielsweise in dem von Petra Wilferts, die ihren Großonkel als »Täter und Opfer« beschreibt. Im Mittelpunkt der Kapitel stehen ansonsten die Leidensgeschichten der Opfer und ihre Scham und Angst vor weiterer Stigmatisierung.

Bemerkenswert ist, dass der Sammelband auch den Stimmen der Nachkommen Platz einräumt. Die Vergangenheit belastete die nachfolgende Generation vor allem dann, wenn über die Verfolgung und Ermordung enger Verwandter geschwiegen wurde. Das Auslassen oder die Umdeutung von Ereignissen war ein bewusster Schutzmechanismus. Anders als politisch und rassisch Verfolgte hatten »Asoziale« und »Berufsverbrecher« keinen Anspruch auf Entschädigung. Sie waren nach Ansicht der Nachkriegsbehörden zu Recht im Konzentrationslager gewesen.

Ein weiterer Beitrag verdeutlicht, wie gegenwärtig Perspektiven sind, die angeblich der Vergangenheit angehören. Alfons Ims, dessen Familienmitglieder als »asozial« abgestempelt und misshandelt wurden, zeigt, dass wir, ohne zu zögern, von »arbeitsscheuen Hartz IV-lern« oder »Wirtschaftsflüchtlingen« sprechen (S. 202). Die Kriminalisierung der Armut und mangelnde Empathie sind auch heute noch ein integraler Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

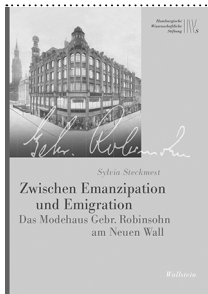
Eine historische Auseinandersetzung mit den komplexen rechtlichen Bedingungen des NS-Staats findet in Julia Höraths einleitendem Beitrag statt, der die Narrative kontextualisiert, die zum Teil widersprüchlichen Tendenzen der nationalsozialistischen Stellen darstellt und die Verfolgungsgeschichte der Betroffenen auf dem Stand der Forschung skizziert.

Trotz Höraths instruktiver Abhandlung handelt es sich bei diesem Sammelband nicht um eine historische Studie im klassischen Sinne. Subjektive Narrative sind der zentrale Bestandteil des Buchs. Eine reflektierte Auseinandersetzung mit Quellenmaterial findet dabei nur unzureichend statt, die Quellenkritik ist minimal und Angaben, die es anderen Forscherinnen und Forschern erlauben könnten, weiterzuforschen oder Details zu überprüfen, fehlen oft gänzlich.

Einen wissenschaftlichen Maßstab anzulegen, mag dem Ziel des Buchs vielleicht auch nicht gerecht werden. Es geht den Autorinnen und Autoren darum, das Schweigen zu brechen, gegen das Vergessen anzukämpfen und den öffentlichen Diskurs des Holocaustgedenkens zu erweitern.

Michaela Soyer
New York

Vom gewollten Niedergang eines Unternehmens



Sylvia Steckmest

*Zwischen Emanzipation und Emigration.
Das Modehaus Gebr. Robinsohn am
Neuen Wall*

Göttingen: Wallstein Verlag, 2024, 300 S.,
€ 28,—

»Dieser Arisierungsvorgang war für mich der unsympathischste, was ich in meiner Praxis bisher erlebt habe« (S. 197). So äußerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg Johann Krumm, einst Treuhänder für das Unternehmen Gebr. Robinsohn, und damit beschrieb er anschaulich, wie er den erzwungenen Verkauf dieses Betriebs während der NS-Zeit an eine »arische« Nachfolgefirma wahrgenommen hatte. Die Robinsohns waren eine jüdische Familie aus Niederschlesien. Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich Leo und Jacob Robinsohn als Gebr. Robinsohn mit dem Handel von Modewaren selbstständig gemacht, zunächst in Frankfurt am Main, dann aber vor allem in Hamburg. Ihre Geschichte erzählt Sylvia Steckmest in ihrem 2024 als siebter Band in der Schriftenreihe »Mäzene der Wissenschaft« der Hamburger Wissenschaftlichen Stiftung erschienenen Buch, das gut lesbar und reich bebildert ist. Steckmest hat selbst Modedesign in Hamburg studiert und beschäftigt sich intensiv mit der jüdischen Kultur Hamburgs, speziell mit jüdischen Familienunternehmen. Dementsprechend nähert sie sich auch der Firma Gebr. Robinsohn beziehungsweise ihrem Aufstieg und Niedergang an, indem sie, umsichtig und zahlreiche Zusatzinformationen mit berücksichtigend, chronologisch in zwei Teilen den Ursprüngen des Betriebs bis zu seiner Auflösung im Nationalsozialismus ebenso wie der Emigration der Robinsohns und deren Bemühungen um Entschädigung in der Nachkriegszeit nachgeht.

Ein von Juden geführtes Modehaus konnte in der Großstadt Hamburg unter dem antisemitischen Druck des NS-Regimes letztlich nicht bestehen, das kann Steckmest anhand der Gebr. Robinsohn nachzeichnen, zumal sich das aufwendig gestaltete und exzellent ausgestattete Hauptgeschäft an einer der schon damals bekanntesten Einkaufsstraßen Hamburgs befand, am Neuen Wall. Dort war bis 1912 auf den Grundstücken Neuer Wall 25–33/Schleusenbrücke 1 ein imposanter Häuserkomplex entstanden, für dessen einheitliches Erscheinungsbild der Architekt George Radel verantwortlich war und der mit großen Fensterfronten, Turm und Weltkugel sowie dem Schriftzug des Familiennamens aufwartete. Bei Gebr. Robinsohn arbeitete man effektiv und innovativ: Die Geschäftsführer teilten sich die administrativen Aufgaben, modisch orientierten sie sich an internationalen Trends und boten original Pariser Konfektion an, es gab verschiedene Abteilungen, insbesondere eine

große Auswahl an Hüten, es wurden zahlreiche Angestellte, Lieferanten, Fachverkäuferinnen, Dekorateur sowie Heimmäharbeiterinnen beschäftigt, Modeschauen und Ausstellungen ausgerichtet. Man wandte sich zudem grundsätzlichen Fragen zu, wie der Optimierung von Personalwirtschaft, Werbetechnik, Öffnungszeiten oder Lichtverhältnissen, dem Umgang mit Konkurrenz und der Erfüllung von Ansprüchen der vor allem weiblichen Kundschaft. Außerdem gab Gebr. Robinsohn eine Modezeitschrift heraus, die erst *Robinsohns illustriertes Modeblatt und Frauenzeitschrift*, später *GeRo-Moden* hieß. Mit alledem setzten die Robinsohns progressive Standards für die Textilbranche.

Das Haus Robinsohn hatte die Krisen des Ersten Weltkriegs und die Jahre der Hyperinflation relativ unbeschadet überstanden und die Firmeninhaber konnten sich auch angesichts der Weltwirtschaftskrise teilweise behaupten und Liquidität bewahren, dank ihrer Anpassungsfähigkeit und Bereitschaft, verbleibende Mittel ausgesprochen präzise einzusetzen. Im Jahr 1932 wurde in einer »Zeit der Ruhe vor dem Sturm« (S. 150) noch das 40-jährige Bestehen des Unternehmens begangen, bevor dieses ab 1933 durch die wachsenden antisemitischen Verfolgungen im NS-Staat nachhaltigen wirtschaftlichen Schaden nahm. Es war dabei gerade Hans Robinsohn – er war 1933 für seinen Vater Leo Robinsohn in den Firmenvorstand nachgerückt –, der sich bis 1938 gegen die Geschäftsaufgabe wehrte, sogar aktiven Widerstand leistete und die Auswanderung ablehnte. Allerdings war es unvermeidlich, dass spätestens nach den Novemberpogromen die Firma Gebr. Robinsohn in den Besitz einer Berliner Käufergruppe überging, die Familie ihre sämtlichen Immobilien veräußern und aus Deutschland fliehen musste. Ab 1950 wurden mehrere, überwiegend aus dem Ausland betriebene Rückerstattungs- und Entschädigungsverfahren im Fall der Robinsohns angestrengt. Der Gebäudekomplex am Neuen Wall, der einst das Modehaus Gebr. Robinsohn gebildet hatte, präsentierte sich durch Kriegszerstörungen, Wiederaufbauten und den Einzug neuer Ladengeschäfte in veränderter Form. Die Grundstücke konnten zwar zurückerworben werden, dennoch ließen sich die Robinsohns nicht erneut in Hamburg als Unternehmer nieder. Heute erinnert eine Gedenktafel an das ehemalige Geschäft der Familie.

Steckmest hat ein interessantes und solide recherchiertes Buch geschrieben, das den politisch gewollten Niedergang eines jüdischen Unternehmens in der NS-Zeit behandelt und die dahinterstehende Familiengeschichte damit geschickt verknüpft. Ihre Erkenntnisse können inzwischen ergänzt werden durch eine weitere illustrative Publikation, die neben Gebr. Robinsohn noch zwölf andere jüdische Geschäfte am Hamburger Neuen Wall untersucht.¹

Mirjam Schnorr
Fritz Bauer Institut

¹ Vgl. Cord Aschenbrenner, *Der Raub. Enteignung und Vertreibung der jüdischen Geschäftsleute am Neuen Wall in Hamburg*, Hamburg 2025.

Standardwerk zu jüdischen Flüchtlingen in den Niederlanden



Christine Kausch

»Zuflucht auf Zeit«.

Juden aus Deutschland in den Niederlanden 1933–1945

Göttingen: Wallstein Verlag, 2024, 529 S., € 58,—

In ihrer Studie untersucht Christine Kausch die Situation der Jüdinnen und Juden, die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 aus Deutschland in die Niederlande geflohen sind. Im Anschluss an die Forschung von Katja Happe liegt damit ein aktuelles Standardwerk vor: Die niederländische und englischsprachige Forschung wird präzise zusammengeführt, Bestände aus Archiven mit dem Fokus auf die Lage der Geflüchteten, zum Beispiel in den Flüchtlingslagern, werden ebenso wie Zeitungsartikel und Unterlagen von Hilfsorganisationen ausgewertet. Mit Hilfe von mehr als 300 Selbstzeugnissen und Ego-Dokumenten rückt Kausch die Sichtweise von Betroffenen in den Mittelpunkt. Methodisch verbindet sie einen alltagsgeschichtlichen Zugang mit Saul Friedländers Forderung nach einer »integrierten Geschichte«. Durch das Aufzeigen der politischen Rahmenbedingungen wird deutlich, dass die Handlungsmacht der Betroffenen nicht überschätzt werden darf.

Nach einem Überblick über die niederländische Flüchtlingspolitik und die Aufnahmebedingungen für Eingewanderte geht es um die Existenzsicherung durch Arbeit. Soziale Kategorien wie Alter, Geschlecht, Bildung und ökonomische Ungleichheit differenzieren den Einblick sowohl in die Mehrheitsgesellschaft als auch in die Hachscharah-Bewegung. Kausch führt acht Wirkfaktoren für individuelles Scheitern an, macht aber auch auf selbstermächtigende »Handlungsstrategien« aufmerksam. Anschließend zeigt sie die staatlichen Restriktionen gegen Flüchtlinge nach dem Novemberpogrom 1938 und die bald danach schon nachlassende Solidarität auf.

Mit der deutschen Besatzung änderte sich die Lage fundamental, offene Hilfe und Widerstand wurden nun gewaltsam geahndet und die Lage der circa 22.000 Geflüchteten spitzte sich zu. Zwischen dem 15. Juli 1942 und dem 13. September 1944 wurden nicht nur die Geflüchteten, sondern auch circa 75 Prozent der ungefähr 123.000 niederländischen Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager deportiert.

Es können zwei Erkenntnisse festgehalten werden: Erstens wird deutlich, wie sich der unsichere Aufenthalt und die ökonomische Marginalisierung (Kapitel 4) ab 1938 verschärften durch die

Einrichtung von Lagern für neu Zugewanderte (Kapitel 5). Diese wurden nun als sogenannte Illegale der Verantwortung des Justizministeriums und der Exekutive unterstellt. Ab 1940 konnte das deutsche Besatzungsregime reibungslos daran anknüpfen. Zweitens tritt das »niederländische Paradox« (S. 19) zu Tage, das der Historiker Dick de Mildt folgendermaßen benannt hat: Anne Frank wurde von Niederländern versteckt und von Niederländern verraten. In den Jahren 1933 und 1935 waren noch Tausende Menschen gegen den Antisemitismus und die Nürnberger Gesetze der Nazionalsozialisten auf die Straße gegangen. Einige Jahre später machte der Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Arthur Seyß-Inquart, den nichtjüdischen Niederländern das Angebot, als »arisch« eingestuft zu werden, vorausgesetzt, man leistete keinen Widerstand und äußerte sich nicht regierungskritisch. Die niederländischen Generalsekretäre, die regimetreuen Beamten der Kollaborationsregierung ebenso wie die Mitgliedschaften in der SS oder in faschistischen Parteien und auch die zahlreichen Denunziationen aus der Bevölkerung zeugen von einer hohen Kooperationsbereitschaft und sorgen bis heute für Aufarbeitungsbedarf in der niederländischen Gesellschaft.

Die Darstellung von Christine Kausch überzeugt durch ihre »dichte Beschreibung«, ausgehend von den Erfahrungen und Perspektiven jüdischer Geflüchteter. Diese Sichtbarmachung ist zweifellos das große Verdienst der Studie. Doch es gibt auch kritische Punkte anzumerken. Leider fehlen ein Personen-, Organisations- und Ortsverzeichnis oder eine Landkarte. Für Forschende wäre es hilfreich, Forschungsdesiderate übersichtlich zusammengefasst vorzufinden. Die Analyse hätte durch eine systematische Anwendung des Modells der »Versäulung« auf die Mehrheitsgesellschaft gewonnen. Zentrale Forschungshypothesen, zum Beispiel zur Rolle der Arbeitslager oder zum Verhältnis von niederländischen und immigrierten Jüdinnen und Juden, hätten übersichtlicher überprüft werden können. Mehr Anerkennung an zentraler Stelle für den jüdischen Widerstand wäre ebenfalls wünschenswert. Wie Kausch schreibt, verweigerten jüdische Immigrantinnen und Immigranten die Mitarbeit in Hilfsorganisationen, obwohl sie dadurch zumindest für eine Weile vor Verfolgung geschützt gewesen wären. Offensichtlich wollten sie kein Hilfesystem stützen innerhalb von Rahmenbedingungen, die sie als zutiefst unmenschlich erachteten. Manche waren sogar so mutig und konsequent wie der deutsche Jude Gerhard Badrian, der als Passfälscher den Widerstand aktiv unterstützte.

Anne Klein

Köln

Überlebensstrategien in aussichtsloser Lage



Walter Manoschek

Vernichtet.

Österreichische Juden und Jüdinnen in den Ghettos des Generalgouvernements 1941/1942

Wien: Czernin Verlag, 2023, 279 S., € 28,–

Lange Zeit endete in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland und Österreich das

Interesse an dem Schicksal der deportierten Jüdinnen und Juden an der früheren Reichsgrenze, die Opfer galten als »im Osten verschollen«. Der Kalte Krieg schuf eine *black box*, die für die historische Entsorgung der eigenen Verstrickungen in die nationalsozialistischen Massenverbrechen in Ost(mittel)europa ideal geeignet war. Dies änderte sich erst seit der Jahrtausendwende, als verstärkt Forschungen und Gedenkbücher zu den »Westjuden« in den Ghettos im besetzten Polen erschienen.

Bezüglich der langen Liste von Deportationen unterschiedlichster Opfergruppen während der NS-Gewaltherrschaft in Europa verfolgen Forscherinnen und Forscher in der Regel zwei unterschiedliche Strategien, indem sie entweder die Zielorte und die dortigen Verbrechen in den Blick nehmen oder aber einzelne Verfolgtengruppen bestimmter Herkunftsorte fokussieren. Österreich war in dieser Hinsicht lange Zeit ein Nachzügler, trotz der wichtigen Arbeiten von Historikern wie Bertrand Perz, Florian Freund und anderen.

In diesem Kontext ist nun das Buch des Politologen Walter Manoschek eine willkommene Bereicherung. Er geht einen Mittelweg, indem er die Deportationen österreichischer Jüdinnen und Juden in das Generalgouvernement beschreibt und sich vor dem Hintergrund der »Aktion Reinhardt« vor allem auf die Ghettos in Opole Lubelskie und Kielce konzentriert, was freilich auch der begrenzten Überlieferungslage geschuldet ist. Nur für wenige Ghettos der Region liegt eine verlässliche Forschung vor, eine Ausnahme bildet das Transitghetto Izbica mit der monumentalen Studie von Steffen Häschen.¹

Manoschek schließt damit gleich in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Lücke: hinsichtlich der frühen großen Deportationen vor dem eigentlichen Auftakt im Herbst 1941; bezüglich der von ihm erstmals ausgewerteten Quellen der Betroffenen und Opfer, die er ausführlich zu Wort kommen lässt; und schließlich auch was den Charakter der Deportationen betrifft, der sich vom Frühjahr 1941

bis 1942 von einer Politik des Platzschaffens im Reich hin zu Transporten in die Vernichtung wandelte. Insgesamt wurden 1941/42 9.000 Jüdinnen und Juden in sechs Transporten aus Wien in das Generalgouvernement gebracht.

Manoschek beginnt mit einer Darstellung der Vorbereitungen in Wien. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf dem Schicksal der aus dem vormaligen Österreich stammenden beziehungsweise von dort deportierten Jüdinnen und Juden im Generalgouvernement. Die von Manoschek aufgefundenen Berichte und Briefe der Deportierten geben ein eindrucksvolles Bild von den schwer erträglichen Lebensbedingungen, die die Menschen in den Ghettos vorfanden und mit denen sie sich irgendwie zu arrangieren versuchten. Die überlieferten Quellen an sich sind schon Ausweis der Überlebensstrategien, denn sie waren immer auch eine Bitte um die Zusendung von Geld, Kleidung und Lebensmitteln – wer keine Verwandten hatte, besaß von vornherein signifikant geringere Überlebensaussichten. Die Deportierten hatten dennoch so gut wie keine Chance, der Ermordung in den Vernichtungslagern zu entgehen. Die furchtbare Bilanz dieser Deportationen – es überlebte weniger als ein Prozent der 9.000 Deportierten – hätte daher besser bereits am Anfang deutlich gemacht werden sollen.

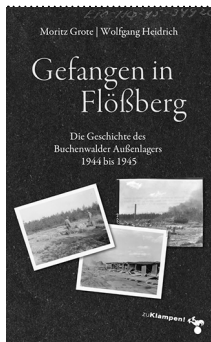
Allerdings muss trotz aller Vorzüge des Buchs leider auch auf gewichtige Unzulänglichkeiten hingewiesen werden. In den einführenden Kapiteln wurde – mutmaßlich wegen fehlender Sprachkenntnisse – die Forschung der letzten Jahre (vor allem die komplette polnischsprachige Holocaustforschung) nicht berücksichtigt, Hinweise auf jiddische Quellen fehlen völlig. Die Tätigkeit der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe (JSS) und der Judenräte überwiegend an Isaiah Trunks 1972 erschienener Darstellung *Judenrat* entlangzuschreiben, wird dem komplexen Thema nicht (mehr) gerecht. Dass etwa Michał Weichert zeitgenössisch allein zwei Bände über die Tätigkeit der von ihm geleiteten JSS publiziert hat und überdies auch die Delegaturen der JSS in den Ghettos im Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau mit zahlreichen Akten überliefert sind – davon findet sich in dem Band leider kein Wort. Hinzu kommt eine Reihe von Fehlern und Ungereimtheiten, etwa die Verwendung des Begriffs der *Judenpolizei* für den Jüdischen Ordnungsdienst in den Ghettos.

Manoscheks Buch reiht sich ungeachtet seiner Wichtigkeit damit ein in eine leider wachsende Zahl von Mikrostudien, denen es nicht oder nicht ausreichend gelingt, sich überzeugend in die Gesamtgeschichte der Shoah einzuordnen. Will man die Bedeutung und Rolle der österreichischen Deportationen in das Generalgouvernement im Kontext des Holocaust verstehen, bleibt dies leider weitgehend dem Bemühen beziehungsweise der Expertise der Leserinnen und Leser und in der Zukunft einer breiter aufgestellten Quellenrecherche überlassen.

Ingo Loose
Berlin

¹ Steffen Häschen, *Das Transitghetto Izbica im System des Holocaust*, Berlin 2018.

Neue Mikro-Studie zu sächsischem KZ-Außenlager



Moritz Grote, Wolfgang Heidrich
Gefangen in Flößberg.
Die Geschichte des Buchenwalder
Außenlagers 1944 bis 1945
Springe: zu Klampen! Verlag, 2024,
640 S., € 46,—

In Flößberg, einem Dorf 25 Kilometer süd-östlich von Leipzig, errichtete die Hugo Schneider AG (HASAG) Ende 1944 eine neue Produktionsstätte und ein dazugehöriges KZ-Außenlager – das letzte von insgesamt sieben HASAG-Lagern in Sachsen und Thüringen. Von Dezember 1944 an waren hier überwiegend jüdische Gefangene aus mehreren europäischen Ländern zur Zwangsarbeit verpflichtet, deren Zahl auf bis zu 1.300 stieg. Sie gehörten zu den 18.000 KZ-Häftlingen, die ab der zweiten Jahreshälfte 1944 von der HASAG ausgebeutet wurden. Die Gefangenen in Flößberg waren vor allem beim Aufbau des Lagers und des Fabrikkomplexes eingesetzt. Mitte März 1945 begann hier die Produktion von Panzerfäusten. Am 13./14. April 1945 setzte die SS die Gefangenen im Rahmen der allgemeinen Räumungsmaßnahmen in Richtung Mauthausen in Marsch. Bis dahin waren 253 Gefangene in Flößberg gestorben.

Moritz Grote und Wolfgang Heidrich haben die Geschichte des Lagers Flößberg umfangreich erforscht. Ihrem gemeinsamen Buch liegen Recherchen in zahlreichen Archiven zugrunde; abgerundet wird es mit vielen interessanten Fotoquellen. Die Autoren beschäftigen sich mit allen Themen und Bereichen, die für die Erforschung lokaler KZ-Zwangsarbeit relevant sind: Sie zeigen die Geschichte des Unternehmens und dessen frühe Erfahrungen mit Zwangsarbeit, insbesondere die engen Verbindungen zur HASAG nach Polen, bis zur Errichtung des Lagers. Sie untersuchen die Verfolgungsgeschichten und -hintergründe der nach Flößberg Deportierten, die Existenzbedingungen im Lager und die Perspektiven der Gefangenen auf das Lager. Analysiert werden Struktur, Zusammensetzung und Agieren der Lagerführung und der Bewachungsmannschaften sowie das Verhalten der Firmenmitarbeitenden, vor allem des zu Bewachungszwecken eingesetzten Werkschutzes. Thema sind auch die Berührungspunkte mit der lokalen Bevölkerung und ihr Wissen über das Lager. Ausführlich erzählt werden die Hintergründe und der Verlauf der Lagerräumung sowie die Nachgeschichte, unter anderem anhand der Beschreibung des weiteren Lebenswegs von ehemaligen Gefangenen und von Tätern, die wie üblich nur punktuell juristisch

belangt wurden. Die nach Kriegsende entstandenen Gedenkorte, beispielsweise zwei mit Davidsternen markierte Friedhöfe, sind in den 1950er Jahren so umgestaltet worden, dass kein Verweis auf jüdische Opfer mehr sichtbar war. Die konkrete Geschichte des Lagers Flößberg verschwand unter dem allgemeinen, abstrahierenden Slogan »Den Toten zur Ehre, den Lebenden zur Mahnung«. Auch wenn Schulen und Massenorganisationen die Begräbnisstätten regelmäßig anlässlich von Jahrestagen besuchten, gab es keine Einladung, sich mit den Verbrechen, die in der Region stattgefunden hatten, anschaulich auseinanderzusetzen. Erst in den letzten Jahren der DDR begann die lokale Zivilgesellschaft mit einer historischen Erinnerungsarbeit, die im Rahmen der politischen Wende 1989 Aufwind erhielt. Im Jahr 2003 besuchte das erste Mal ein Überlebender, der in Australien lebende Stephen Casey, seinen ehemaligen Leidensort. Seit 2006 kümmert sich die Geschichtswerkstatt Flößberg e.V. um den Erhalt und die Weiterentwicklung der Begräbnisstätten, die stets von antisemitischen Schandungen bedroht sind. In den letzten Jahren sind etliche Bildungsangebote geschaffen worden, die weiterentwickelt werden sollen. Das Buch, für das die Autoren im November 2024 den Sächsischen Landespreis für Heimatforschung erhielten, wird hoffentlich bei diesen Bestrebungen hilfreich sein.

Aus diesem Grund ist es sehr schade, dass die Lesbarkeit des viel zu dick geratenen Bands stark beeinträchtigt ist. Das liegt zum einen an einer oft konfuse Struktur und Kapitelüberschriften, die nicht immer mit dem Inhalt korrespondieren, zum anderen an zahlreichen manierierten Formulierungen, Redundanzen und weitschweifigen Erläuterungen von Nebenthemen. Auch wenn ein kritischer Umgang mit Begriffen lobenswert ist, sollten Neuschöpfungen gut begründet sein. So sinnvoll es ist, zwischen den Bedingungen der Zwangsarbeit in Deutschland und im besetzten Polen zu differenzieren, so ist nichts gewonnen, wenn man beispielsweise zivile Zwangsarbeiter in Deutschland als »ausländische Zivilbeschäftigte« bezeichnet. Schmerzlich vermisst wird ein Personen- und Ortsregister. Warum die *open access* zugängliche Fachliteratur außerhalb des regulären Literaturverzeichnisses angeführt wurde, so dass diese Titel erst nach spezieller Suche gefunden werden, erschließt sich ebenfalls nicht.

Gerade angesichts der zunehmenden Unkenntnis über nationalsozialistische Verbrechen ist es wichtig, dass Bücher zur NS-Zwangsarbeit in ihren lokalen Kontexten nicht nur mit Preisen versehen und ins Bücherregal gestellt werden, sondern tatsächlich von einem breiten Publikum rezipiert werden. Vielleicht wäre es aus diesem Grund sinnvoll, über die Herausgabe einer gut lektorierten, gekürzten Fassung nachzudenken.

Andrea Rudorff
Fritz Bauer Institut

Wohnraum und Verfolgung



Akim Jah, Christoph Kreutzmüller (Hrsg.)
Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945
Berlin: Metropol, 2024, 384 S., € 34,–

Während für andere Städte des Deutschen Reichs bereits Studien zur Verdrängung jüdischer Mieterinnen und Mieter aus ihrem Wohnraum vorliegen, war dieses Themenfeld für das nationalsozialistische Berlin bislang kaum erforscht. Mit der Publikation *Zwangsräume. Antisemitische Wohnungspolitik in Berlin 1939–1945* legen Akim Jah und Christoph Kreutzmüller eine sorgfältig edierte und quellenreiche Begleitpublikation zur gleichnamigen digitalen Ausstellung des Aktiven Museums vor. Der Band schließt nicht nur Forschungslücken, sondern eröffnet auch neue methodische Zugänge.

Im Zentrum stehen die antisemitische Wohnraumpolitik und die Einweisungen in sogenannte Judenhäuser und Zwangswohnungen. Der titelgebende Begriff »Zwangsräume« markiert eine begriffliche Distanz zur NS-Terminologie und rückt die Perspektive der Betroffenen in den Vordergrund.

Die Publikation gliedert sich in sechs Teile. Im ersten Abschnitt führen die Beiträge von Wolf Gruner und Johanna Kühne konzeptionell und empirisch in das Thema ein. Gruner beschreibt eindrucksvoll die schrittweise Transformation von Wohnungen als privaten Rückzugsorten zu Zwangsräumen, wobei er auch Ansätze des *spatial turn* integriert. Kühne präsentiert in ihrem Beitrag die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojekts, das auf der Grundlage quantitativer Auswertungen die räumliche Struktur und Verteilung von 791 Häusern mit Zwangswohnungen analysiert. Der Beitrag beleuchtet zudem das Zusammenspiel von unterschiedlichen Verwaltungsinstanzen und verweist auf den Umstand, dass es in Berlin zu keiner vollständigen räumlichen Segregation kam – vielfach wohnten jüdische und nicht-jüdische Mieterinnen und Mieter weiterhin Tür an Tür.

Der zweite Abschnitt widmet sich den zentralen Institutionen der antisemitischen Wohnraumpolitik, darunter dem Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg (OFP), dem Generalbauinspektor Albert Speer (GBI), der Berliner Stadtverwaltung und der Gestapo. Dominic Strieder verdeutlicht in seinem Beitrag die entscheidende Scharnierfunktion des OFP beim behördlichen Zugriff auf Zwangsräume und der wirtschaftlichen Verwertung des enteigneten Vermögens. Demnach zählen die Akten der Vermögensverwertungsstelle zu den wichtigsten Quellen des Projekts. Magnus Brechtken wiederum verweist

auf die zentrale Rolle des GBI als Instrument zur systematischen Verdrängung jüdischer Mieterinnen und Mieter und hebt das enge Zusammenspiel von städtebaulichen Planungen und Verfolgungspolitik hervor. Christoph Kreutzmüller und Jakob Probst analysieren die Rolle der kommunalen Berliner Behörden bei der Durchsetzung und Organisation antisemitischer Wohnraumpolitik, die aktiv an der »Entbesitzung« jüdischen Eigentums mitwirkten. Akim Jah zeigt in seinem Beitrag die Verschränkungen zwischen dem System der Zwangswohnungen und der Deportation der jüdischen Bevölkerung durch die Gestapo. Ergänzt wird dieser Abschnitt durch weitere Beiträge, in denen auf die Zwangslage der Jüdischen Gemeinde und deren Personal eingegangen wird (Akim Jah, Jeanette Jakubowski).

Eine besondere Stärke des Bands liegt in der Verknüpfung struktureller Analysen mit mikrohistorischen Fallstudien, die im dritten Abschnitt im Mittelpunkt stehen. Anhand exemplarischer Biografien – etwa des Künstlers Arno Nadel, des Kaufmanns Ludwig Altenberg oder der Familien Jacoby/Rothholz – wird das Leben in Zwangswohnungen nachgezeichnet. Die Beiträge geben Einblick in soziale Spannungen, individuelle Handlungsspielräume und Formen des Widerstands. Hervorzuheben ist der Beitrag von Philipp Dinkelaker zur Nachkriegsrezeption des jüdischen Widerstandskämpfers Rudolf Schwersensky. Nach dem Krieg traten dessen langjährige Widerstandshandlungen in den Hintergrund, da eine kurzfristig erzwungene Kooperation mit den NS-Behörden in den Fokus rückte – während seine Zwangslage als Verfolgter weitgehend ausgeblendet blieb. Ausgehend von einem Gutachten zum Haus Ansbacher Straße 34 gelingt es Carolin Lange wiederum auf hervorragende Weise, die ideologisch motivierten Bestandsaufnahmen zu kontextualisieren und daraus Rückschlüsse auf die Lebenssituation der jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner zu ziehen.

Die weiteren Abschnitte widmen sich vergleichend der NS-Wohnpolitik in anderen Städten (Köln, Dresden, Wien) und bieten Einblicke in die Arbeit am Projekt. Besonders hervorzuheben ist die durch das Geographische Informationssystem GIS gestützte quantitative Analyse von Wohnsitzveränderungen von Henning Borggräfe, die zu den zentralen Forschungsergebnissen des Projekts zählt. Werkstattberichte und ein Epilog runden den Band ab, darunter ein Beitrag zur 3D-Rekonstruktion ausgewählter Häuser mit Zwangswohnungen.

Mit diesem Band wird nicht nur ein bislang wenig beachtetes Kapitel antisemitischer Verfolgung in Berlin systematisch aufgearbeitet, sondern zugleich ein überzeugendes Modell kollaborativer Geschichtsvermittlung vorgelegt. Einziger Kritikpunkt sind die teils erheblichen Redundanzen zwischen den Beiträgen. Insgesamt ist die methodisch innovative, quellenbasierte und multiperspektivisch angelegte Publikation gemeinsam mit der digitalen Ausstellung ein weiterer Meilenstein der Erforschung des nationalsozialistischen Alltags in Berlin.

Michaela Raggam-Blesch
München

Europa unter deutscher Besatzung



Tatjana Tönsmeier

Unter deutscher Besatzung.

Europa 1939–1945

München: C.H.Beck, 2024, 650 S., € 38,–

Auf dem Höhepunkt der nationalsozialistischen Expansion befanden sich 230 Millionen Menschen unter deutscher Besatzung. Was bedeutete es für diese (nichtjüdischen und jüdischen) Menschen, darunter eine Vielzahl von Zivilistinnen und Zivilisten, teils jahrelang unter deutscher Okkupation zu leben? Dieser Frage geht Tatjana Tönsmeier in ihrem umfassenden Werk nach.

In vielen der überfallenen Länder dauerte die deutsche Besatzung länger als die militärischen Kampfhandlungen. Das »Besetzt-(gewesen-)Sein« sei in diesen Teilen Europas die »zentrale Kriegserfahrung« (S. 13) gewesen. Empirisch fundiert und vergleichend analysiert die Autorin die deutsche Besatzung als eine gesamteuropäische Erfahrung, ohne dabei besonders verfolgte Gruppen – neben Jüdinnen und Juden unter anderem Roma und Romnja, Sinti und Sintizze, psychisch Kranke – sowie Angehörige der Roten Armee in Kriegsgefangenschaft aus dem Blick zu verlieren. Auf der Grundlage von Tagebüchern, Briefen und persönlichen Aufzeichnungen aus mehr als 70 Archiven in 20 europäischen Ländern möchte Tönsmeier methodisch informiert und zugleich nahe am Erleben der Menschen eine »Alltagsgeschichte besetzter Gesellschaften« erzählen. Sie stellt die Erfahrungen und Selbstdeutungen der historischen Akteurinnen und Akteure sowie ihre Handlungsoptionen (Agency) unter Krieg, Besatzung und Verfolgung in den Mittelpunkt. Dabei berücksichtigt die Autorin, dass die antisemitische und rassistische Hierarchisierung der NS-Ideologie sich in unterschiedlichen Formen der Besatzungsherrschaft spiegelte. Diese Differenzierungen zeichnet Tönsmeier weniger entlang nationaler Grenzen, sondern entlang der Trennlinien zwischen Ost- und Westeuropa (und teils Nord- und Südeuropa) nach. Insbesondere der »Vernichtungskrieg« machte die Gewalt, das deutsche Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung, im östlichen Europa in einem anderen Ausmaß als in Westeuropa allgegenwärtig. Ein besonders hohes Maß an antisemitischer Gewalt fand sich auch in umstrittenen Grenzgebieten, die innerhalb kurzer Zeit von unterschiedlichen Seiten besetzt wurden.

Die Gliederung des Buchs folgt weder einer Chronologie noch Länderbeispielen, sondern fächert sich in verschiedene »Erfahrungsdimensionen« (S. 25 f.) auf. Tönsmeier nimmt ein breites Spektrum

an Themen in den Blick: den Moment der Invasion der Deutschen (»Sie kommen!«), die neu geschaffene Ordnungsstruktur (»Besetzte Gesellschaften«), die unterschiedlichen Besatzungsregime und ihren Einfluss auf bestehende soziale Dynamiken (»Besatzer und Besetzte«), die Mangel- und Hungerwirtschaft (»Vor dem Verzehr von Katzenfleisch wird gewarnt«), Wohnen und Vertreibung (»Die eigenen vier Wände«), Zwangsarbeit und Arbeitspflicht (»Arbeiten für den Feind«), die Bürokratie und die Einbindung lokaler Verwaltungen (»Papiere, Papiere, Papiere«), Kollaboration (die sie nicht so nennt) und Anpassung (»Dazugehören-Wollen«), Verfolgung und Vertreibung (»Ausgeschlossen-Werden«) sowie Widerstand (»Nein-Sagen«). Das Buch endet mit einer Ausführung zu »Gewalt – und die neue soziale Ordnung unter Besatzung«.

Tönsmeier thematisiert die geschlechtliche Arbeitsteilung in der Kriegs- und Besatzungssituation, nimmt die Rolle der sogenannten Volksdeutschen in den Fokus und blickt auf extrem rechte und nationalistische Gruppen in Europa. Diese teilten – trotz der teilweise bestehenden Konkurrenz – den Gedanken eines »neuen Europas« ohne Juden (S. 360) und gingen oft auch gegen Roma oder Minderheiten in ihrem jeweiligen nationalen Kontext vor, wie zum Beispiel die Organisation Ukrainischer Nationalisten. Die Autorin verweist auf die Zustimmung zu Antisemitismus und Antikommunismus in Teilen der besetzten Gesellschaften. Deutschland aber schuf den Rahmen für die entfesselte Gewalt und den massiven Antisemitismus, dessen Tradition dem NS-Regime vorausging, ebenso für den Raub an der jüdischen Bevölkerung in Europa durch den Staat und die lokale Bevölkerung, den Tönsmeier ausführlich darstellt. Sie schreibt über Frauen im Widerstand sowie über die Sichtbarkeit der Shoah. Zuschauen, betont Tönsmeier, war nicht neutral, sondern schloss aus, und das Ausgeschlossen-Werden betreffe »nicht nur die Ausgeschlossenen, sondern die gesamte Gesellschaft« (S. 445).

Über alle Kapitel hinweg betreibt die Autorin zusätzlich zur Quellenarbeit auch eine beachtliche Literatursynthese der historischen Forschung aus den untersuchten europäischen Ländern. Mit dem Ziel, »europäische Dimensionen von Besatzung aufzuzeigen« (S. 27), ergründet Tönsmeier Ähnlichkeiten sowie spezifische Unterschiede und integriert die Besatzungsgeschichte in eine europäische Geschichte, deren »dark heritage« (S. 27) sie sichtbar machen möchte. Alle, die sich mit diesen Themenbereichen beschäftigen, sollten dieses sehr gute Buch gelesen haben.

Veronika Duma

Frankfurt am Main

Institutionen der Täter vor Ort



Christian Schmittwilken

Zentralen des Terrors.

Die Dienststellen der Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD im Reichskommissariat Ukraine

Boston/Massachusetts, Berlin: De Gruyter, 2024, 304 S., € 59,90

Christian Schmittwilken legt mit diesem Buch eine erste systematische Untersuchung der Dienststellen der Kommandeure der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdiensts (KdS) im Reichskommissariat Ukraine (RKU) vor. Ziel seiner 2021 an der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation vorgelegten und nun überarbeiteten Studie ist es, »die Forschungslücke zu den Kommandeuren der Sicherheitspolizei und des SD und den ihnen unterstehenden Dienst-, Außen- und Zweigstellen und ihrem Handeln zu schließen« (S. 3). Die ab Dezember 1941, also nach der ersten großen Mordwelle der Einsatzgruppen, eingerichteten KdS-Dienststellen fungierten als zentrales Instrument der »mörderischen und menschenverachtenden Besatzungspolitik« (S. 4). Das Reichssicherheitshauptamt in Berlin ernannte jeweils einen Kommandeur für die fünf Generalbezirke des RKU. Diese waren an der Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden, Roma, NKWD-Angehörigen, Partisaninnen und Partisanen sowie sowjetischen Kriegsgefangenen beteiligt. Sie betrieben Arbeitserziehungslager und halfen bei der Verschleppung der Zivilbevölkerung zur Zwangsarbeit. Die Angehörigen der KdS-Dienststellen wurden zu zentralen Akteuren der fortgeführten Massenerschießungen der jüdischen Bevölkerung.

Schmittwilken erweitert damit den Wissensstand zur NS-Besatzungsherrschaft im östlichen Europa sowohl in institutioneller als auch biografischer Hinsicht. Er zeigt detailliert, welche Strukturen für den Massenmord vor Ort geschaffen wurden und wie planmäßig die bisher kaum untersuchten Täter – auch in der »dritten Phase« des Massenmords – vorgingen. Die KdS-Dienststellen erscheinen als Schaltstellen, nicht als allmächtige Zentren. Die Arbeit knüpft an Forschungen an, die sich stärker mit Tätern der mittleren und unteren Ränge und ihrem Handeln befassen, und stützt sich trotz lückenhafter Überlieferung auf eine breite Quellenbasis aus Archiven in sechs Ländern, darunter die Ukraine.

Ein Schwerpunkt des Buchs liegt auf der Beschreibung von Strukturen und der aus ihnen erwachsenen Praktiken vor Ort. Täterbiografien werden vorgestellt, viele mit Karrieren im Sicherheitsapparat.

Die Kommandeure bildeten »eine auffallend homogene Gruppe« (S. 82), die eine »professionalisierte« (S. 145) und teils bestialische Gewalt ausübte. Die Gewalt schildert Schmittwilken teils detailliert, was auch über die Einbindung von Zeugenaussagen aus juristischen Ermittlungen ermöglicht wird. Über deren Entstehung und Intention mehr zu erfahren, wäre bereichernd gewesen.

Schmittwilken wird seinem eingangs zitierten Anspruch gerecht. Besonders in der Darstellung des Beziehungsgeflechts zwischen den deutschen KdS, ukrainischen Nationalisten und Partisanengruppen wird die Komplexität der historischen Situation deutlich. Die deutschen Herrscher hätten viele Verbrechen nicht begehen können, ohne ukrainische, polnische und »volksdeutsche« Hilfspersonen, besonders ukrainische Polizei, hinzuzuziehen. Ukrainische Nationalisten wurden teils angeworben, doch misstrauisch behandelt und der Gewalt ausgesetzt. Handlungsleitend waren dabei stets vorgeblich »Sicherheit« und »Ordnung«. Auch zur deutschen Kirchenpolitik liefert Schmittwilken neue Einblicke.

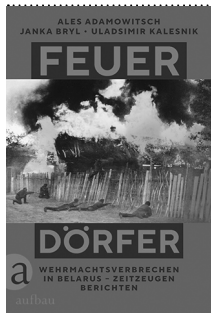
Wie der Autor betont, kann die Studie keine »integrierte« Geschichte des Holocaust (Saul Friedländer) liefern, dennoch klammert er die Perspektive der Betroffenen nicht aus. Weitestgehend unbenannt bleibt, wie sich die Gesellschaft in der Ukraine zur Zeit der deutschen Besatzung zusammensetzte und welche zuvor gemachten Erfahrungen für sie prägend waren. So bleibt auch wenig nachvollziehbar, wie genau sie die Gewalt rezipierte, wie lokale Akteurinnen und Akteure auf das Geschehen Einfluss nahmen und wie die Voraussetzungen für lokale Beteiligung oder Ablehnung waren. Dass es (wenn auch wenige) Jüdinnen und Juden gab, die der Verfolgung entrinnen konnten, wird benannt, ungeklärt bleibt dabei jedoch, unter welchen Umständen dies möglich war. Künftige Forschungen könnten hier anknüpfen.

Nicht näher ergründet Schmittwilken die Einschätzung, die KdS verkörperten »für große Teile der Bevölkerung das Gesicht und den Schrecken der deutschen Besatzung« (S. 4). Dass die Einwohnerinnen und Einwohner detailliertes Wissen über den Besatzungsapparat hatten, wäre zumindest bemerkenswert und ungewöhnlich.

Christian Schmittwilken leistet mit *Zentralen des Terrors* einen substanziellen Beitrag zur Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft und zum Verständnis des Holocaust im östlichen Europa. Er zeigt dabei auch, dass die Strukturen der Besatzungs- und Verfolgungsinstanzen keineswegs umfassend erforscht sind. Seine Studie schärft das Bild der Täter, ihrer Organisation, Ziele und Praktiken. Dass »die überwiegende Mehrheit der ehemaligen Angehörigen der KdS-Dienststellen straffrei davonkam« (S. 273), unterstreicht die Brisanz dieser Forschung.

Johannes Spohr
Berlin

Zeugnisse verdrängter Verbrechen



**Ales Adamowitsch, Janka Bryl,
Uladsimir Kalesnik**

*Feuerdörfer: Wehrmachtsverbrechen in
Belarus – Zeitzeugen berichten*

Aus dem Belarussischen von Thomas Weiler
Berlin: Aufbau Verlag, 2024, 587 S., € 39,–

Ende 2024, fast 50 Jahre nach der belarussischen Ausgabe des Buchs von Ales Adamowitsch, Janka Bryl und Uladsimir Kalesnik erschien im Berliner Aufbau Verlag die erste deutsche Übersetzung unter dem Titel *Feuerdörfer*. Diese Übersetzung, die 2025 mit dem Preis der Leipziger Buchmesse ausgezeichnet wurde, wurde von Thomas Weiler angefertigt. In ihrer Begründung hoben die Laudatoren hervor, Weiler habe sich »mit der Erstübersetzung dieses von dörflichen Mundarten geprägten Schlüsseltexts dem abgründig Bösen ausgeliefert. [...] Ebenso sorgfältig wie einfühlsam setzt Thomas Weiler Menschen ein Denkmal, die im wahrsten Sinne des Wortes durchs Feuer gegangen sind.«¹

Im Rahmen des deutschen Vernichtungskriegs wurden in Belarus neben den Massenerschießungen von Jüdinnen und Juden (unterschiedlichen Angaben zufolge gab es zwischen 550.000 und 800.000 Opfer) in mehr als 140 Antipartisanenoperationen etwa 345.000 Menschen ermordet, wobei die Hauptopfer (85 bis 90 Prozent) einheimische Dorfbewohner und Flüchtlinge waren. Genau dieser Tragödie ist das Buch *Feuerdörfer* gewidmet. Es entstand einige Jahre nach der 1969 eröffneten nationalen Gedenkstätte Chатын. Grundlage des 1975 erschienenen Buchs bildeten dokumentierte Zeugenaussagen der dem Feuer entkommenen Dorfbewohner – darunter viele Frauen. Einige Stimmen waren der ersten Ausgabe als Audio-Originalaufnahmen in Form einer Schallplatte beigelegt. Diese Stimmensammlung mit persönlichen Erinnerungen ging über das sowjetische Narrativ der Partisanenrepublik hinaus und machte unheroische Perspektiven sichtbar, die zuvor im offiziellen Diskurs unterrepräsentiert waren.

Der Erstveröffentlichung des Buchs ging vorbereitend in den Jahren 1970 bis 1973 das einzigartige Oral-History-Projekt der drei belarussischen Schriftsteller Ales Adamowitsch (1927–1994), der die Idee dazu hatte, Janka Bryl (1917–2006) und Uladsimir Kalesnik (1922–1994) voraus. Alle drei hatten selbst Erfahrungen im

Widerstandskampf der Partisanen gegen die deutschen Besatzer gemacht. Sie bereisten 47 belarussische Dörfer und zeichneten die Erinnerungen von mehr als 300 Zeitzeugen auf. Ziel dieser Sammlung war es, die Tragödie der zahlreichen verbrannten belarussischen Dörfer sichtbar zu machen. Im Gegensatz zu den bekannten nationalsozialistischen Massakern in Orten wie dem tschechischen Lidice oder dem französischen Oradour war das Wissen über die »verbrannten Dörfer« in Belarus kaum im Gedenken verankert. Die Autoren bemühten sich, die Authentizität der Erzählungen der Dorfbewohner zu bewahren – ihre sehr individuellen Perspektiven, teils sprunghaft wiedergegebenen Erinnerungen in verschiedenen lokalen Dialekten. Viele erzählten zum allerersten Mal von ihren traumatischen Erlebnissen.

Für die Veröffentlichung wurden die Erinnerungen der Überlebenden in 26 Abschnitte gegliedert und durch erläuternde Kommentare gerahmt oder ergänzt. So finden sich Autorenkommentare, die die Spuren beschreiben: »Anstelle des Dorfes Krasniza ist nur noch Wald, gar nicht mal so jung. Und ein kleines Denkmal am Wegesrand, für ein ganzes Dorf und seine Menschen.« (S. 17) Die Erinnerungen werden ergänzt durch Porträts der Zeitzeugen. Am Ende des Buchs wurde Material aus deutschen NS-Dokumenten, die in sowjetischen Quellenbänden veröffentlicht worden waren, beigelegt.

Trotz späterer Übersetzungen ins Russische, Ukrainische, Tschechische, Englische, Ungarische, Polnische und Bulgarische blieb die internationale Rezeption dieses so wichtigen Buchs eher bescheiden. Innerhalb der Sowjetunion wurde die hier erstmals praktizierte dokumentarische Vielstimmigkeit allerdings zum Vorbild für das gemeinsam von Daniil Granin und Ales Adamowitsch erstellte *Blockadebuch* (1977–1981), das Stimmen von Überlebenden der Leningrader Blockade versammelt. Auch für Swetlana Alexijewitschs Buch *Der Krieg hat kein weibliches Gesicht* (1985) war es eine wichtige Inspiration.

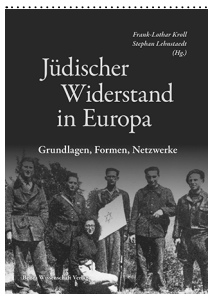
Die deutsche Ausgabe von *Feuerdörfer* umfasst fast 600 Seiten, darunter auch zwei Vorworte – eines von den Autoren der Ausgabe von 1975, das andere von der Historikerin und Menschenrechtlerin Irina Scherbakowa speziell für die deutsche Ausgabe geschrieben – sowie zwei Nachworte – von der Literaturkritikerin Ludmila Rublewskaja zur Entstehungsgeschichte des Buchs und von der Literaturwissenschaftlerin Nina Weller.

Das Buch ist für alle interessant, die sich für die Besonderheiten der deutschen Verbrechen während des Vernichtungskriegs im Osten Europas und für die Einbettung dieses Themas in die Kriegsgeschichte interessieren. Bei der Lektüre sollte man sich auf seinen mündlichen Charakter und das von Schmerz durchzogene Erzählen einstellen.

Aliaksandr Dalhouski
Minsk

¹ <https://www.preis-der-leipziger-buchmesse.de/de/nominierungen/2025/uebersetzung/weiler>

Der ignorierte Widerstand



Frank-Lothar Kroll, Stephan Lehnstaedt (Hrsg.)

Jüdischer Widerstand in Europa.

Grundlagen, Formen, Netzwerke

Berlin: BeBra Wissenschaft Verlag, 2025,
231 S., € 36,–

Stephan Lehnstaedt, Professor an der Touro University in Berlin, gab seiner jüngst veröf-

fentlichten Gesamtdarstellung jüdischen Widerstands den pointierten Titel *Der vergessene Widerstand*, um deutlich zu machen, dass die Auflehnung von Jüdinnen und Juden ein jahrzehntelang kaum beachtetes Kapitel des Holocaust war. Dies hat sich seit einigen Jahren, verspätet auch hierzulande, grundlegend geändert, wie das von Lehnstaedt gemeinsam mit Frank-Lothar Kroll von der Technischen Universität Chemnitz herausgegebene Buch eindrucksvoll unter Beweis stellt.

Die elf Autorinnen und Autoren behandeln ein breites Spektrum widerständigen Handelns von Jüdinnen und Juden. Zusammengelesen untermauern sie einmal mehr die Notwendigkeit, hier ein weites Verständnis von Widerstand zugrunde zu legen. Da das Ziel der Nationalsozialisten und ihrer Helfer darin lag, ausnahmslos alle Jüdinnen und Juden, derer sie habhaft werden konnten, zu ermorden und darüber die Deutungshoheit zu haben, lassen sich alle Handlungen, die sich dagegen richteten, als Widerstand einordnen. Er wandte sich gegen den Wesenskern der NS-Herrschaft und gegen eines ihrer zentralen politischen Ziele und war damit auch ein eminent politischer Widerstand.

Die Beiträge behandeln vor allem das deutsch besetzte Ost- und Westeuropa, das Deutsche Reich selbst sowie das verbündete Rumänien und die neutrale Schweiz. Die Herausgeber haben die Aufsätze in drei Kategorien eingeteilt: Räume, Netzwerke und Formen. Den Auftakt macht Stephan Lehnstaedt mit einer Geschichte der Beschäftigung beziehungsweise langen Nichtbeschäftigung mit jüdischem Widerstand in der west- und ostdeutschen Historiografie, die sich mitunter sogar durch eine explizite Marginalisierung des Themas hervortat.

Unter der Überschrift »Räume« widmen sich zwei Beiträge der unumstrittensten Erscheinungsform jüdischen Widerstands – dem bewaffneten Kampf. Anika Walke untersucht jüdische Partisaninnen und Partisanen und den Mikrokosmos Wald als Ort des Widerstands, der Zufluchts- und zugleich Bedrohungsort war. Walke entfaltet das gesamte Spektrum der Kontexte für jüdischen Widerstand, die Ort, Form, Zeitpunkt und anderes mehr bestimmten. Dazu gehörten der

Zeitpunkt und die Art des deutschen Einmarschs, die Haltung der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft, die örtlichen Begebenheiten im Wald und, jenseits davon, die anderen Akteure im Wald und vieles mehr. Franziska Bruder zeichnet minutiös den Aufstand der jüdischen Arbeitshäftlinge im Vernichtungslager Sobibor nach. Sie zeigt, dass physische und psychische Selbstbehauptung zentrale Voraussetzung für die Möglichkeit einer bewaffneten Erhebung war. Überdies macht sie auf den wenig beachteten Umstand aufmerksam, dass die Kämpfer von Sobibor auch die Dokumentation der Verbrechen als ein Ziel verfolgten. Bereits in diesen beiden Beiträgen sind die Besonderheiten jüdischen Widerstands wie unter einem Brennglas zu sehen.

Im Mittelpunkt der drei Beiträge zu Netzwerken von Frédéric Crahay, Mariana Hausleitner und Anne Lepper stehen unterschiedliche Formen des Rettungswiderstands. Crahay untersucht zwei Organisationen im besetzten Belgien, die das Untertauchen mehrerer tausend jüdischer Erwachsener und Kinder organisierten. Mariana Hausleitner fasst den Rettungswiderstand für die deportierten Juden im rumänisch besetzten Transnistrien zusammen, in den vor allem Initiativen und Netzwerke von Jüdinnen und Juden aus Bukarest mit guten Beziehungen in Regierungskreisen involviert waren. Ihre Hilfsaktionen stützten sich auch auf Kontakte nach Genf. Dort waren jüdische Netzwerke und Organisationen aktiv, die Anne Lepper in ihrem Aufsatz analysiert. In dem Wirken von Abraham Silberschein und anderer verschränkten sich die Bemühungen um die Rettung möglichst vieler Jüdinnen und Juden mit der Dokumentation der NS-Verbrechen und der Aufklärung der Welt darüber.

Der Kategorie »Formen« sind schließlich vier Beiträge zugeordnet. Den Auftakt macht Dina Porat, die die grundlegenden Ausgangsbedingungen des jüdischen Widerstands in Osteuropa aufschlüsselt und zeigt, wie diese seinen Zeitpunkt und seine Formen konstituierten. Judy Baumele-Schwartz ergänzt dies mit Blick auf die Religion. Auf wenigen Seiten zeigt sie, wie religiöse Praxis zu Widerstand und wie Widerstand als eine religiöse Pflicht verstanden wurde. Miriam Chorley-Schulz schließlich schlägt einen Bogen von der jüdischen Flüchtlingshilfe 1938 über Dokumentationsinitiativen 1939/40 in Wilna bis hin zur Rettung jüdischen Kulturguts im deutsch besetzten Wilna und zum Kampf jüdischer Partisanen. Dieser Bogen war nicht nur getragen von personellen Kontinuitäten und Verbindungen, sondern auch von gemeinsamen Ideen.

Der Band bietet einen ebenso vielfältigen wie tiefen, einen überaus lehrreichen und beeindruckenden Einblick in jüdischen Widerstand während des Holocaust. Die Autorinnen und Autoren zeigen anschaulich seine spezifischen Ausgangsbedingungen und Kontexte sowie seine besonderen Formen.

Markus Roth
Fritz Bauer Institut

Eine italienische Überlebende



Liliana Segre, Enrico Mentana

Erinnern macht frei. Das unterbrochene Leben eines Mädchens in der Shoah

Aus dem Italienischen von
Ulrike Schimming

Berlin: Neofelis, 2024, 210 S., € 19,-

Ende 1943 versuchte die Familie der Mailänderin Liliana Segre, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und in die Schweiz zu fliehen. Ihre Flucht scheiterte jedoch dramatisch und endete mit der Deportation der Familie nach Auschwitz. Liliana Segre ist heute Senatorin auf Lebenszeit und neben Primo Levi eine der bekanntesten Holocaust-Überlebenden in Italien.

Verschiedene Publikationen, Interviews und der preisgekrönte Dokumentarfilm *LILIANA* (2024) von Ruggero Gabbai beschäftigten sich mit der aktiven Zeitzeugin. Dem Neofelis-Verlag kommt nun das Verdienst zu, die bereits 2015 in Italien erschienenen Erinnerungen Segres einem deutschen Publikum zugänglich zu machen und somit einen Einblick in die Geschichte der Judenverfolgung in Italien zu geben: Im faschistischen Italien waren seit 1938 weitreichende antijüdische Gesetze eingeführt worden, die den Ausschluss der jüdischen Bevölkerung aus dem gesellschaftlichen und beruflichen Leben zur Folge hatten. Nach der deutschen Besetzung des Lands im September 1943 wurden über 7.000 Jüdinnen und Juden in deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert oder vor Ort ermordet, etwa ein Fünftel der jüdischen Bevölkerung Italiens. Ein sehr großer Teil der Verfolgten versuchte mit viel Mut, der Verfolgung durch Untertauchen und Flucht zu entgehen. Über 4.000 überlebten dank der Flucht in die Schweiz, doch über 300 Jüdinnen und Juden wurden, ähnlich wie Liliana Segre, in der Nähe der Grenze durch deutsche oder italienische Einheiten verhaftet und deportiert.

Liliana Segre wurde 1930 in einer vermögenden, laizistischen Familie in Mailand geboren. Nach dem frühen Tod ihrer Mutter wuchs das Mädchen mit ihrem Vater und den Großeltern väterlicherseits auf. Nach der Einführung der antijüdischen Gesetzgebung musste sie 1938 die Schule verlassen und besuchte seitdem eine von Ordensschwestern geführte Privatschule (Marcelline). Die eilig vorgenommene katholische Taufe half weder, den Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben durch die »Rassegesetze« abzuwenden, noch schützte sie unter der deutschen Besetzung vor Verhaftung und Deportation. Wenige Tage nach der italienischen Polizeiverordnung zur Verhaftung der Jüdinnen und Juden Ende November 1943 wagte Liliana mit ihrem Vater und weiteren Verwandten die Flucht

in die Schweiz. Ihnen gelang der riskante Übertritt, doch wurden sie von Schweizer Grenzwachern zurückgewiesen und von italienischen Zollbeamten verhaftet. Teils gemeinsam, teils voneinander getrennt verbrachten sie mehrere Wochen in den Gefängnissen von Varese, Como und dem berüchtigten San Vittore in Mailand. Ende Januar 1944 wurde Liliana Segre mit ihrer Familie vom »Binario 21«, dem Gleis 21 des Mailänder Hauptbahnhofs, an dem heute eine Gedenkstätte eingerichtet ist, nach Auschwitz deportiert. Die 13-Jährige wurde als Arbeiterin ins Lager aufgenommen und in den Weichsel-Union-Metallwerken eingesetzt. Im Januar 1945 überlebte sie den Todesmarsch nach Ravensbrück; einige Monate später wurde sie im KZ-Außenlager Malchow befreit.

Ende August 1945 kehrte Liliana Segre nach Mailand zurück. Ihr Vater und ihre Großeltern väterlicherseits waren ermordet worden. Sie wurde zeitweise von ihrem Onkel und den Großeltern mütterlicherseits aufgenommen. Bei ihrer schwierigen Rückkehr in die »Normalität« (S. 133) halfen ihr, wie sie in den Erinnerungen betont, der Privatunterricht zum Aufholen der verlorenen Schuljahre und die Liebe ihres katholischen Ehemanns, den sie 1948 kennenlernte und mit dem sie drei Kinder bekam. Später war Liliana Segre als Unternehmerin tätig. Nach Jahrzehnten des Schweigens über ihr Schicksal nahm sie seit den 1990er Jahren eine aktive Rolle als Zeitzeugin wahr.

Insgesamt handelt es sich um ein gut lesbares, reflektiertes und zugleich bewegendes Zeugnis einer italienischen Holocaust-Überlebenden. Liliana Segre gelingt es, den eigenen vielschichtigen Gefühlen einen Namen zu geben. Sie zeigt sich als präzise und scharfe Beobachterin sowohl des Charakters und Handelns anderer Menschen als auch der eigenen Verhaltensweisen: Sie betont die Bedeutung von Akten der Solidarität, hebt aber auch die Handlungen jener Männer und Frauen hervor, die sich ihr gegenüber rücksichtslos verhalten haben, und wirft so ein Licht auf die italienische Kollaboration und die verfehlte Flüchtlingspolitik der Schweiz.

Eingeleitet werden die Erinnerungen durch ein Vorwort des Journalisten Enrico Mentana. Ergänzt wurde die deutsche Ausgabe zudem durch Zeitungsartikel und Reden, die Liliana Segre nach ihrer im Januar 2018 erfolgten Ernennung zur Senatorin auf Lebenszeit gehalten hat.

Nicht wenige italienische Überlebende haben ihre Verfolgungserfahrungen in Interviews und Publikationen verarbeitet, doch in deutscher Übersetzung lagen bislang nur wenige – etwa die Berichte von Primo Levi, Leonardo De Benedetti, Piera Sonnino und Liana Millu – vor. Segres Erinnerungen mit der besonderen Perspektive einer eigenständigen Heranwachsenden bieten eine wertvolle Ergänzung dieser persönlichen Einblicke in die Verfolgung der Juden in Italien.

Sara Berger
Fritz Bauer Institut

Kommunismus und Judentum



Philipp Graf

Zweierlei Zugehörigkeit.

*Der jüdische Kommunist Leo Zuckermann
und der Holocaust*

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht,
2024, 356 S., € 45,—

Im Jahr 1952 sah sich der jüdische Kommunist Leo Zuckermann gezwungen, seine Heimat zu verlassen – zum zweiten Mal. 1933 war er nicht wegen seiner jüdischen Herkunft geflohen, sondern weil ihn seine politische Überzeugung in Gefahr brachte. Fast zwei Jahrzehnte später war es in erster Linie Zuckermanns Engagement für jüdische Angelegenheiten, das ihn der SED-Führung suspekt machte. Wie und weshalb sich Leo Zuckermanns Verhältnis zu seiner jüdischen Herkunft änderte, stellt Philipp Graf in seiner Biografie des Politikers und Juristen dar.

Das Buch beginnt mit Zuckermanns Austritt aus der jüdischen Gemeinde im Juni 1921 und seinem Eintritt in die Sozialistische Arbeiterjugend 1924 und schließlich in die KPD. Die Absage an den Antisemitismus und das Versprechen einer Gesellschaft, in der die Herkunft keine Rolle spielen sollte, machten die linke Bewegung für den jungen Zuckermann attraktiv. Weder sein Austritt aus der Gemeinde noch seine politischen Überzeugungen führten jedoch zu einem Bruch mit dem Elternhaus. Nach seiner Flucht lernte Zuckermann im Pariser Exil die französische Jüdin Lydia Staloff kennen, die er später heiratete; das Paar bewegte sich größtenteils in einem jüdisch-kommunistischen Umfeld. Der Titel des Kapitels »Neutralisierung der Herkunft« kann dieses komplexe Verhältnis nur schlecht greifen, und eine Konzeptualisierung verschiedener Aspekte von Zuckermanns Jüdischsein wäre hilfreich gewesen.

Im Pariser Exil war Zuckermann zunächst im Europäischen Büro und später im Internationalen Asylrechtsbüro der Internationalen Roten Hilfe tätig. Anlässlich der Flüchtlingskonferenz in Evian 1938 beklagte er in einer Exilzeitschrift, dass die Öffentlichkeit politische Flüchtlinge, im Gegensatz zu jüdischen, vernachlässige. Während er in seinem Pariser Exil noch wenig Interesse an der Judenverfolgung zeigte, änderte sich seine Haltung nach seiner Flucht nach Mexiko, wo er im Dezember 1941 ankam. Angesichts der zunehmend schockierenden Nachrichten aus Europa postulierte die dortige kommunistische Exilgruppe unter der Führung Paul Merkers Solidarität mit den jüdischen Opfern. Merker und Zuckermann forderten die Gründung eines jüdischen Staats und Wiedergutmachung für jüdische Opfer. Graf argumentiert, dass andere jüdische Mitglieder der Gruppe sich nicht im gleichen Maße ihrem Jüdischsein

wieder annäherten, und begründet Zuckermanns Wandel mit dessen ostjüdischer Herkunft, bei der »Residuen jüdischer Kollektivität nach[wirkten]«, weshalb »die Nachrichten vom Kontinent bei ihm eine andere Resonanz als bei seinen deutschen Genossen« fanden (S. 97). Eine Erklärung, die von einer homogenen ostjüdischen Gemeinschaft ausgeht und auch die Frage offenlässt, warum sich gerade der nichtjüdische Paul Merker für jüdische Interessen einsetzte.

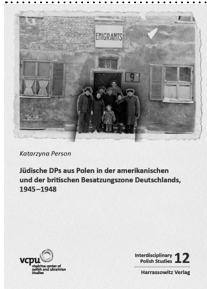
Nach seiner Rückkehr in die Sowjetische Besatzungszone hielt Zuckermann, der in der DDR bis zum Rang eines Staatssekretärs aufstieg, an seinen im Exil gewonnenen Überzeugungen fest. Anfangs war es ihm auch ohne größere Probleme möglich, an einem Gesetzesentwurf zur Wiedergutmachung zu arbeiten und sein wiedergewonnenes jüdisches Selbstverständnis mit seiner politischen Karriere in der Sozialistischen Einheitspartei zu vereinbaren. Zuckermanns Gesetzesentwurf scheiterte jedoch 1949, und in dem neugegründeten Staat wurde es zunehmend schwieriger, sich für jüdische Interessen einzusetzen.

Im Zuge der Noel-Field-Affäre wurde Zuckermann wie auch andere »Westemigranten« 1950 mehrfach von der Zentralen Parteikontroll-Kommission (ZPKK) verhört. Im November trat er als Staatssekretär zurück. Zwischenzeitlich schien sich seine Situation zu verbessern, doch mit dem stalinistischen Schauprozess gegen Rudolf Slánský Ende 1952 in Prag spitzte sich die Lage auch in der DDR zu. Zuckermann war sich bewusst, dass ihn seine Nähe zu jüdischen Flüchtlingsorganisationen und sein Engagement für jüdische Interessen suspekt machten, und schickte eine Erklärung an die ZPKK, in der er Julius Meyer, den Vorsitzenden des Verbands Jüdischer Gemeinden in der DDR, als »Agent[en] israelischer Regierungskreise« denunzierte. Kurz darauf erhielt er Nachricht von der Verhaftung Paul Merkers und floh nach Westdeutschland und von dort nach Mexiko. Zuckermann blieb auch nach seinem Ausschluss aus der SED Kommunist, der Jüdischen Gemeinde in Mexiko-Stadt trat er nicht bei. Sein Einsatz für die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und das damit verbundene jüdische Selbstverständnis blieben ein Intermezzo.

Philipp Grafs abschließendes Urteil, dass »dem Holocaust in der kommunistischen Bewegung für die längste Zeit nur der Platz einer Leerstelle zukam«, überrascht. Für die beschriebene »Zwischenzeit« traf dies nicht zu, und wie eine Reihe in den letzten Jahren erschienener Studien zeigt, blieb der Holocaust auch nach 1952 Teil des kulturellen Diskurses. Das etwas pauschale Urteil sticht heraus in dieser sehr lesenswerten Studie, die das komplexe Verhältnis von jüdischer Herkunft und kommunistischer Überzeugung eindrücklich beleuchtet und aus einer transnationalen Perspektive Kontinuitäten und Brüche in der Haltung der kommunistischen Bewegung zu jüdischen Fragen überzeugend darstellt.

Anna Koch
London

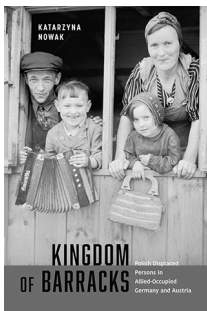
DP-Geschichte aus der Binnenperspektive



Katarzyna Person

Jüdische DPs aus Polen in der amerikanischen und britischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1948

Aus dem Polnischen von Anna Labentz
Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 2023,
292 S., € 58,–



Katarzyna Nowak

Kingdom of Barracks. Polish Displaced Persons in Allied-Occupied Germany and Austria

Montreal: McGill-Queen's University Press, 2023, 343 S., \$ 95.00 CAD

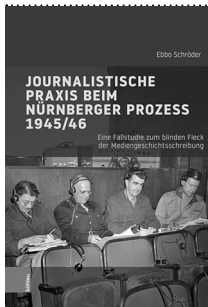
Die Geschichte der Displaced Persons (DPs) erfährt zunehmend öffentliches wie akademisches Interesse. Millionen Menschen nichtdeutscher Herkunft, vor allem aus dem östlichen Europa, hielten sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs im deutschsprachigen Raum auf. Diese DPs bildeten keine homogene Gruppe. Unterschiede bestanden sowohl hinsichtlich der Herkunft als auch der Kriegs- und Nachkriegserfahrungen. Nach einzelnen Lokal- und Regionalstudien wird die Geschichte der DPs nun auch in großen Forschungsverbünden untersucht. DP-Forschung ist somit kein Randthema mehr. Auffallend bei den hiesigen Recherchen ist jedoch, dass zumeist ein struktureller oder institutioneller Zugriff gewählt wird. Dies hat zur Folge, dass vor allem Binnenperspektiven der verschiedenen DP-Gruppen unterrepräsentiert sind. Ein Grund dafür sind Sprachbarrieren. Eine Vielzahl von Selbstzeugnissen der DPs, in ihren jeweiligen Sprachen, bleibt größtenteils unberücksichtigt. Besonders erfreulich sind daher die Publikationen von Katarzyna Person und Katarzyna Nowak. Beide Arbeiten überwinden Sprachbarrieren, beziehen einen weltweit verstreuten Quellenbestand ein und überzeugen durch ihre Analyse. Bemerkenswert ist die Verknüpfung unterschiedlicher Forschungsfelder, akademischer Schulen und Kontexte. Person fokussiert auf polnisch-jüdische Perspektiven. Prägnant zeigt sie, wie sich aufgrund des jahrelangen Aufenthalts in Deutschland eine neuartige jüdische Identität herausbildete: »[D]ie polnischen Juden [wurden] zu Juden aus Polen – und schließlich schlicht zu Juden, die sich ein Leben außerhalb ihres Geburtslandes aufbauten« (S. 22 f.). Nowak analysiert dieses *nation building* für polnische DPs und hinterfragt

das zumeist propagierte eindeutige Polentum. Wer gehörte dazu, wer wollte dazugehören, wer nicht? Welche Bedeutung spielten Sprache, Ethnie, Religion und politische Haltung? Ähnliche Fragen behandelt auch Person, wenngleich aus einer anderen Perspektive. Es lohnt sich, beide Bücher gemeinsam zu lesen. Die Autorinnen schöpfen aus einem reichen und zum Teil bisher unveröffentlichten Quellenkorpus. Vor allem Selbstzeugnisse stehen im Fokus. Person wie Nowak bringen Mikro-, Meso- und Makroperspektive beeindruckend zusammen. Lesende, die sich bislang nicht mit dem östlichen Europa und insbesondere dessen ethnischen, sprachlichen und religiösen Komplexitäten auseinandergesetzt haben, erhalten dadurch erhellende Perspektiven auf die Region – aber auch auf Deutschland, wo eben zu großen Teilen die DP-Geschichte stattfand. Vor allem die sehr unterschiedlichen biografischen Notizen, zum Beispiel bei Nowak zu einer polnischen Romni oder einer Tatarin, zeigen, dass die Kategorie DP eine bürokratische war. Sie bildete kaum Mehrdeutigkeiten und Realitäten ab. Gleichzeitig wussten Menschen dies bewusst für sich zu nutzen. Person und Nowak fordern dazu auf, die Erfahrungen der DPs jenseits nationaler Kategorien zu analysieren. Sie fragen nach den Ambivalenzen menschlichen Tuns in Zeiten von Chaos, Unsicherheit und Polarisierung. Während Person das Thema Kollaboration und Kollaborationsvorwürfe aufgreift, wird es bei Nowak eher am Rande behandelt. Dies in Zukunft vor allem auf der Grundlage von Selbstzeugnissen sowie Quellen aus Diaspora-Archiven zu beleuchten, verspricht gewinnbringende Perspektiven.

Persons Buch überzeugt in erster Linie aufgrund der Synthese der enorm vielfältigen mehrsprachigen Forschungslage zu jüdischen DPs. Es ist besonders erfreulich, dass ihr Buch ins Deutsche übersetzt wurde und *open access* zugänglich ist. Person plädiert dafür, DP-Geschichte nicht nur als Exkurs einer eindimensionalen Nationsgeschichte zu verstehen: »Die DPs – vor dem Krieg polnische Staatsbürger, sowohl Polen, Juden als auch Ukrainer – sind deshalb [...] integraler Teil der Nachkriegsgeschichte Polens [...], selbst wenn sie [...] die bewusste Entscheidung getroffen haben, nicht mehr Teil Polens sein zu wollen« (S. 259). DP-Geschichte ist auch ein wesentlicher Aspekt der Geschichte Deutschlands und Österreichs – darüber hinaus ein Teil einer transnationalen, globalen Geschichte, die dazu auffordert, betrachtet zu werden – trotz und wegen der Komplexitäten. Person plädiert zudem für eine vergleichende Geschichte der verschiedenen DP-Gruppen, was Nowak bereits versucht. Wünschenswert wäre dies auch deshalb, weil DPs nicht nur auf die Alliierten oder die deutschsprachige(n) Gesellschaft(en) reagierten und mit ihnen agierten, sondern auch jeweils untereinander. Dem gilt es künftig weitere Aufmerksamkeit zu schenken.

Sarah Grandke
Regensburg/Canberra

Berichte aus Nürnberg



Ebbo Schröder

Journalistische Praxis beim Nürnberger Prozess 1945/46.

Eine Fallstudie zum blinden Fleck der Mediengeschichtsschreibung

Wien, Köln: Böhlau Verlag, 2024, 371 S., € 60,—

Seit seiner Entstehung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert war das moderne humanitäre Völkerrecht eng mit mediengeschichtlichen Neuerungen verbunden. Auch die Konzeption des Internationalen Militärtribunals (IMT) in Nürnberg und seine Legitimität als erstes und zugleich letztes interalliiertes Experiment auf dem Gebiet des Völkerstrafrechts hing maßgeblich vom Einsatz moderner Massenmedien und der Existenz transnationaler Medienöffentlichkeiten ab.

In seiner Studie zum Wirken US-amerikanischer und britischer Auslandskorrespondenten im besetzten Nachkriegsdeutschland möchte Ebbo Schröder das IMT als Fallstudie verstanden wissen, um sich wandelnden Rollenverständnissen der beteiligten Journalisten und Journalistinnen in der Übergangsphase zwischen Krieg und Frieden nachzugehen und ihren zum Teil idealisierenden Selbstbeschreibungen entgegenzutreten.

Angesichts des postulierten interdisziplinären Ansatzes und der etwas vollmundig klingenden Ankündigung, nicht nur die »Blackbox« (S. 14) der angloamerikanischen Nürnberg-Berichterstattung öffnen zu wollen, sondern zudem übergreifende Erkenntnisse zum Metier der Auslandskorrespondenz zu liefern, wirken Schröders Ausgangsthese allerdings wenig profiliert. Dass die journalistische Auseinandersetzung mit dem IMT sehr unterschiedlich ausfiel, was sich wiederum durch Unterschiede in den Produktionskulturen der Medienorganisationen erklären lässt, ist eine Feststellung, die in ihrer Allgemeinheit auf so gut wie jedes internationale Medienereignis zutreffen dürfte.

Im Oktober 1945 versammelten sich in Nürnberg mehr als 300 Medienvertreter aus 26 Ländern, um über das außergewöhnliche Verfahren zu berichten. Trotz aller Bemühungen der US-amerikanischen Anklagebehörde, eine konstant hohe Berichtsichte zu erreichen, variierte die Zahl der anwesenden Korrespondenten aber stark. Vor allem die Pressevertreter aus den USA und Großbritannien nutzten jede sich bietende Chance, den sanitären Verhältnissen im »Press Camp« und der Arbeitsbelastung zu entkommen. Als im Februar 1946 Sowjets und Franzosen ihre Anklagepunkte zu Kriegsverbrechen und *crimes against humanity* vortrugen, verließen die meisten von ihnen die Stadt und kehrten erst im März zurück. Die Haltung

vieler Journalisten gegenüber dem Tribunal war im Übrigen davon geprägt, dass die Entscheidung des US-amerikanischen Chefanklägers Robert H. Jackson, die Beweiserhebung vorwiegend auf Dokumente und Transkripte zu gründen, die Gerichtsberichterstattung zu einem mühsamen Geschäft werden ließ. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang Schröders Befund, dass die Pressevertreter mit der Herausgabe klassifizierter Dokumente aus NS-Beständen bei der Stange gehalten wurden, um so dem Interesse an exklusiven Geschichten aus dem innersten NS-Machtzirkel entgegenzukommen.

Im zentralen fünften Kapitel zeichnet der Autor die Wechselverhältnisse zwischen Korrespondenten vor Ort und entsendenden Redaktionen anhand zahlreicher Einzelbeispiele nach. In Anlehnung an die in der Literatur vertretene These eines Lernprozesses in Bezug auf den Holocaust argumentiert er, dass sich insbesondere Vertreter britischer Qualitätsmedien der Linie des britischen Hauptanklägers Hartley Shawcross angeschlossen hätten, der zufolge die Massenverbrechen gegen die osteuropäischen Zivilbevölkerungen vor dem Angriffskrieg rangieren würden. Doch abgesehen davon, dass diesen Befunden keine systematische Inhaltsanalyse zugrunde liegt, sind die dazu angeführten Quellenzitate weniger eindeutig als behauptet.

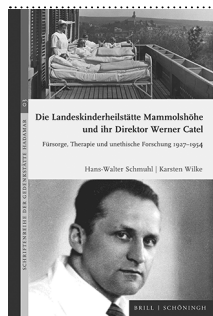
So verfällt der Autor mehr als einmal in einen Modus des unreflektierten Präsentismus, indem er die journalistischen Beiträge danach beurteilt, inwieweit sie der geläufigen völkerstrafrechtlichen und erinnerungskulturellen Unterscheidung zwischen Verstößen gegen das *ius ad bellum* und Verbrechen an Zivilisten außerhalb des Kriegszusammenhangs entsprachen. Der Annahme, dass sich die britischen Pressevertreter durch die im Gerichtssaal ausgebreiteten Fakten über den Judenmord von dessen zentraler Bedeutung hätten überzeugen lassen, widerspricht jedoch schon ihre Abwesenheit bei den französischen und sowjetischen Anklagevorträgen.

Quellenkritische Unsicherheiten zeigen sich auch an anderen Stellen. Schröder scheint nicht bekannt zu sein, wie die westlichen Anklagevertreter im Zusammenspiel mit Medienvertretern die Sowjets mehrfach ausbooten konnten. Indem er für die Darstellung der Auseinandersetzungen um das geheime Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Pakts auf Tagebucheintragungen eines deutschen Verteidigers zurückgreift, übernimmt er dessen nationalistische Legende eines gegen die Deutschen gerichteten manipulativen Umgangs mit Beweismitteln durch Sowjets und Westmächte.

Nicht erst seit der russischen Ukraine-Invasion und dem Krieg in Gaza wird darüber debattiert, inwieweit die gegenwärtige Krise des Völkerstrafrechts auch als Krise westlicher Leitmedien und ihrer Auslandsberichterstattung begriffen werden kann. Ungeachtet einzelner methodischer Schwächen und einem störenden Hangs zu selbstpreisenden Floskeln leistet Schröders materialreiches Buch zu dieser Debatte einen wichtigen Beitrag.

Annette Weinke
Jena

Tödliche Medizin nach 1945



Hans-Walter Schmuhl, Karsten Wilke
*Die Landeskinderheilstätte Mammolshöhe
und ihr Direktor Werner Catel.*
*Fürsorge, Therapie und unethische
Forschung 1927–1954*
Paderborn: Brill | Schöningh, 2025, 314 S.,
€ 56,—

Der Professor für Kinderheilkunde Werner Catel (1894–1981) ist vor allem bekannt in Zusammenhang mit der »Euthanasie« im NS-Staat. In der von Catel geleiteten Kinderklinik der Universität Leipzig lag Ende der 1930er Jahre ein schwerstbehindertes Kleinkind, dessen Vater ein Gesuch an Adolf Hitler richtete, die Tötung des Kinds zu ermöglichen. Hitlers Begleitarzt Karl Brandt veranlasste daraufhin den Tod des Kinds. Brandt und Reichsleiter Philipp Bouhler erhielten die Anweisung Hitlers, zukünftig in ähnlichen Fällen ebenso vorzugehen. Werner Catel fungierte im Kontext der nun beginnenden »Kindereuthanasie« als Gutachter des Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden, der über die Tötung der Kinder entschied.

Genannt wird Werner Catel zuweilen auch als Beispiel für die personellen und wissenschaftlichen Kontinuitäten zwischen NS-Staat und junger Bundesrepublik. Im Jahr 1947 als »entlastet« entnazifiziert, wurde er 1954 an die Universität Kiel berufen. Erst als infolge der Enttarnung und Verhaftung des ehemaligen ersten Leiters der »Aktion T4« Werner Heyde 1959 auch Catels Name in Zusammenhang mit den NS-Krankenmorden genannt wurde, bat er um seine Emeritierung. Gleichwohl trat er weiterhin für die »Euthanasie« beim »völlig idiotischen Kinde« ein (S. 236), so in seiner Streitschrift *Grenzsituationen des Lebens* (1962) und in einem *Spiegel*-Interview von 1964.

Wenig Aufmerksamkeit hat bislang Catels Wirken im ersten Nachkriegsjahrzehnt gefunden. Von 1947 bis 1954 leitete er die Landeskinderheilstätte Mammolshöhe in Mammolshain (Taunus) und forschte unter anderem zu dem nach Kriegsende hoch aktuellen Thema der Tuberkulose. Dass im Zuge dieser Forschungen mehrere Kinder bei Medikamentenversuchen starben, hat Thomas Gerst schon 1999 publiziert. Aber erst 2019 entbrannte eine Diskussion darüber, dass seinerzeit das hessische Innenministerium und die Frankfurter Ärztekammer über die Vorgänge informiert wurden, Catel aber gewähren ließen. Der Landeswohlfahrtsverband Hessen gab daraufhin eine historische Untersuchung in Auftrag, die Hans-Walter Schmuhl und Karsten Wilke durchführten.

Schmuhl und Wilke können nach eingehender Recherche bestätigen, dass in der Mammolshöhe im Zuge von Testreihen mit einem

Tuberkulosepräparat mindestens vier Kinder starben. Sie beschreiben auch, dass eine ehemalige Oberärztin und ihr Ehemann die ohne Einwilligung der Eltern durchgeführten Medikamententests an die Bezirksärztekammer meldeten. Auch das Innenministerium erhielt Kenntnis. Catel ignorierte in seiner Stellungnahme die konkreten Vorwürfe und verwies nur auf die hohe Sterberate tuberkulosekranker Kinder. Entlastet wurde er durch ein Gutachten von Professor Franz Volhard, Leiter der Frankfurter Universitätsklinik und Freund und Förderer Catels. Das fehlende Problem- und Schuldbewusstsein der beteiligten Mediziner zeigt auch ein Artikel zweier Mitarbeiter Catels in der *Deutschen Medizinischen Wochenschrift*, der die Versuche 1949 darstellte und keineswegs verschwieg, dass man »leider bei zwei Personen trotz Beachtung aller Sorgfaltspflichten den tödlichen Ausgang nicht abwenden« konnte (S. 123).

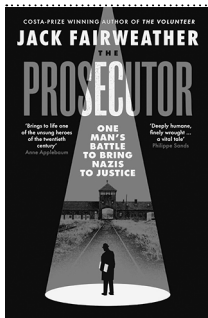
Schmuhl und Wilke klären nicht nur die Vorgänge, sondern ordnen sie in doppelter Weise historisch ein. Zum einen zeigen sie, dass sich Catel seit den 1920er Jahren als »Arzt-Wissenschaftler« (S. 23) verstand, der im neuen Feld der Ernährungsforschung Versuchsreihen und Experimente auch an Frühgeborenen, Säuglingen und Kleinkindern durchführte. Die Versuche, die er in Mammolshain vornahm, standen also in einer wissenschaftlichen Kontinuität. Zum anderen stellen die Autoren Catels Wirken in der Nachkriegszeit in den Kontext der allgegenwärtigen Anbahnung zweiter Karrieren schwer Belasteter nach 1945.

Catels Entnazifizierung 1947 beruhte auf Entlastungszeugnissen ehemaliger Leipziger Kollegen und einer ehemaligen Oberschwester. Zwar gelang es trotz intensiver Bemühungen nicht, Catel auf den Lehrstuhl für Kinderheilkunde in Marburg zu bringen, und er musste einstweilen vorliebnehmen mit der Leitung der Kinderheilstätte Mammolshöhe. Aber ein drohendes Gerichtsverfahren konnte mit Hilfe zahlreicher Unterstützer abgewendet werden. Der emigrierte Hamburger Pädiatrieprofessor Rudolf Degkwitz hatte schon 1945 wegen der Ermordung von 42 Kindern Strafantrag gegen beteiligte Ärzte gestellt, auch gegen den Obergutachter Catel. Diverse Unterstützer Catels und dieser selbst stellten seine Tätigkeit als die eines rein wissenschaftlich gutachtenden Experten dar. Das Hamburger Landgericht lehnte schließlich im April 1949 die Eröffnung einer Hauptverhandlung ab.

Die sachlich geschriebene Studie, an der man nur ihren überbordenden Anmerkungsapparat kritisieren mag, zeigt, dass Mediziner keineswegs nur im Handlungsrahmen des NS-Staats, sondern auch nach 1945 das Leben von Menschen im Interesse wissenschaftlichen Fortschritts aufs Spiel setzten. Das Buch unterstreicht damit auch einmal mehr, wie eng die zahlreichen zweiten wissenschaftlichen Karrieren nach 1945 verflochten waren mit ideologischen und wissenschaftlichen Kontinuitäten.

Tobias Freimüller
Fritz Bauer Institut

Das Vetorecht der Quellen



Jack Fairweather

The Prosecutor:

One Man's Battle to Bring Nazis to Justice

Dublin: Penguin Random House UK,
2025, 478 S., Paperback, € 20,99

Mit Jack Fairweather legt zum zweiten Mal ein Journalist eine Biografie Fritz Bauers vor. Neben der Kompilation bereits bekannter Quellen und historischer Darstellungen hat ein Team von 14 Personen den Autor bei der Suche nach Material unterstützt. Tatsächlich ist es gelungen, neue Quellen aufzutun, etwa einen kleinen Bestand von Briefen Bauers an seinen ehemaligen Vermieter in Kopenhagen, Paul Wagner, aus den Jahren 1943 bis 1952. Auch führte Fairweather zahlreiche Interviews, insbesondere mit Familienangehörigen und Nachkommen enger Freunde Bauers. Damit kommt er dessen Umfeld so nahe, wie das heute noch möglich ist. Das ist anerkennenswert, bedenkt man, wie gründlich bereits für vorangegangene Arbeiten recherchiert wurde.¹

Die Lektüre ist kurzweilig, der Text mit Spannungsbögen und zugespitzten Thesen durchzogen. Was eine Stärke darstellen könnte, führt jedoch bei näherer Betrachtung zu Unbehagen. Denn nicht die Quellen leiten die Darstellung des Autors, sondern der rote Faden der Erzählung, der vor allem Bauers Homosexualität in den Mittelpunkt stellt. Ein Beispiel mag das verdeutlichen. In der erwähnten, auf Dänisch geführten Korrespondenz mit Wagner schreibt Bauer 1948, der Kinsey-Report zeige, dass 75,4389 Prozent der US-Amerikaner die Ehe als keinen epochalen Einschnitt in ihrem Leben empfänden. Wahrscheinlich ist, dass Wagner an seiner bevorstehenden Heirat zweifelte, was Bauer zu einer ironischen Bemerkung über dessen Zugehörigkeit zu einer bis auf die vierte Stelle hinter dem Komma erfassten Gruppe von Männern veranlasste, die Vorbehalte gegen die Ehe hatten. Fairweather hingegen rückt das Briefzitat in den Kontext der Homosexualität, indem er ihm die Bemerkung voranstellt: »Bauer, who had been reading Sexual Behavior in the Human Male by the American sexologist Alfred Kinsey, which included the

controversial findings that as many as one in ten Americans were gay, and a third of all men had had same-sex experiences, wrote to Wagner a short note« (S. 92). Das wird der Aussage in der Quelle jedoch nicht gerecht.

Der Umgang mit den Quellen ist das Grundproblem des Buchs: Am Ende jeden Absatzes findet sich eine Fußnote, die Zuordnung des Einzelbelegs zum Text ist jedoch nicht eindeutig. So kann es sein, dass die zur Überprüfung herangezogene Referenz gerade zu der in Frage stehenden Aussage keine Angaben enthält, sondern nur den breiten Kontext behandelt. Da man als Leserin oder Leser nicht jede Quelle überprüfen kann, bleibt die Skepsis, wie genau es der Autor mit seinen Quellen genommen hat. Der reiche Anmerkungsapparat im Buch erfüllt also nicht das, was wissenschaftliches Arbeiten einfordert: die Überprüfbarkeit einer Aussage anhand des ihr zugrundeliegenden Materials.

Ein zweiter Erzählstrang behandelt die Geschichte der Adenauer-Regierung und des Bundesnachrichtendienstes als politische Gegner Bauers. Auch hier verfährt Fairweather nach dem bekannten Muster. Wie ist es beispielsweise zu verstehen, wenn die Besetzung des Vorsitzes im ersten Frankfurter Auschwitz Prozess als eine Entscheidung »des Gerichts« für Landgerichtsrat Hans Hofmeyer – und damit als Chiffre für eine reaktionäre Verschwörung gegen Bauer – geschildert wird, »a Nazi-era military judge whom Bauer had tried to have fired for his wartime role ordering summary executions« (S. 258)? Nicht nur, dass es Geschäftsverteilungspläne gab, in denen festgelegt war, wer folgte, wenn ein Richter ausfiel. Bauer ging zudem nicht gegen Hofmeyer vor, wie Fairweather insinuiert. Beweise für Kriegsurteile zu Massenexekutionen, die auf Hofmeyer zurückgehen, gab und gibt es nicht. Die in den Fußnoten genannten Verweise führen in die Irre, da die angegebenen Aufsätze keinen Hinweis auf Bauers Initiative zur Strafverfolgung von Richtern enthalten. Beispiele dieser Art lassen sich viele finden.

Fairweather ordnet die Biografie Bauers nach Skandalen, Schlußfrigem und Drastischem und zieht dazu Quellen nach Belieben heran. Wo nüchterne Darstellungen es dabei belassen, Bauers Homosexualität als einen von mehreren Faktoren zu interpretieren, die ihn in Deutschland und Dänemark in Gefahr brachten, macht Fairweather die Leserin und den Leser zum Voyeur beim Blick durch Bauers Schlafzimmerfenster. Dem ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess gibt er bemerkenswert viel Raum, unterbricht die Erzählung jedoch unvermittelt durch eine erotisch aufgeladene Episode über einen Urlaub Bauers in Tunesien. Warum?

Auch wenn die Darstellung Fairweathers in ihren allgemeinen Aussagen nicht falsch ist, bleibt so ein schaler Beigeschmack nach der Lektüre des Buchs zurück, und man möchte den Autor an das Vetorecht der Quellen erinnern.

Katharina Rauschenberger
Fritz Bauer Institut

¹ Irmtrud Wojak, *Fritz Bauer. Eine Biografie*, München 2009; Ronen Steinke, *Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht*, München 2013; Fritz Backhaus, Monika Boll, Raphael Gross (Hrsg.), *Fritz Bauer. Der Staatsanwalt*, Frankfurt am Main, New York 2014; Werner Renz (Hrsg.), »Von Gott und der Welt verlassen«. *Fritz Bauers Briefe an Thomas Harlan*, Frankfurt am Main, New York 2015; Lena Foljanty, David Johst (Hrsg.), *Fritz Bauer: Kleine Schriften (1921–1969)*, 2 Bde., Frankfurt am Main, New York 2018.

Verbrecher und Leitfigur



Grzegorz Rossoliński-Liebe

Stepan Bandera. Leben und Kult

Göttingen: Wallstein Verlag, 2025, 574 S.,

€ 46,–

Spätestens im Februar 2022 und mit Putins vorgeschobener Begründung für den Krieg in der Ukraine, in der er von deren Faschisierung spricht, kam die Frage auf, wie die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), ihr militärischer Arm, die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA), und ihr Anführer Stepan Bandera historisch einzuschätzen sind und welche Bedeutung sie heute haben. Die berüchtigte Asow-Brigade stellt sich in die Tradition der »Befreiungsbewegung zu Zeiten der UPA«. Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Valerii Zaluzhnyi postete zum 114. Geburtstag Banderas ein Foto von diesem. Der damalige ukrainische Botschafter Andrij Melnyk legte 2015 am Grab Banderas in München Blumen nieder und behauptete 2022, Bandera sei nicht für Morde an Juden und Polen verantwortlich und habe auch nicht mit den Nationalsozialisten kollaboriert. Bandera, ein heldenhafter Unabhängigkeitskämpfer oder ein Faschist und Mörder?

Zu dieser Frage, zur historischen Person und ihrer aktuellen Bedeutung liegt nun Grzegorz Rossoliński-Liebes umfang- und kenntnisreiche Biografie auf Deutsch vor. Sie untersucht, wie es sich mit der Kollaboration Banderas mit den NS-Tätern tatsächlich verhielt und welche Rolle er im transnationalen Faschismus spielte, und kontrastiert den Kult um Bandera in seinen Ausprägungen und Funktionen mit dessen »realer« Person.

Bandera wurde 1909 im westukrainischen Staryj Uhryniv im damaligen Österreich-Ungarn als Sohn eines griechisch-katholischen Priesters geboren und zählte somit zur kleinen Schicht des ukrainischen Bildungsbürgertums. Nach dem Gymnasium – die Westukraine gehörte nunmehr zu Polen – studierte er ab 1928 am Lemberger Politechnikum Land- und Forstwirtschaft. In der 1929 gegründeten OUN stieg er rasch auf. Rossoliński-Liebe beschreibt deren im Laufe der 1930er Jahre immer radikaler werdende Ideologie einer nationalistischen, monoethnischen und antisemitischen ukrainischen Nation. Praktisches Ziel war die Gründung eines Staats, in dem weder Polen noch Russen noch Juden eine Rolle spielen sollten. Die exklusive Vorstellung einer solchen »Nation« führte unter Bandera zu Kampagnen gegen andersdenkende Ukrainer, Juden und polnische Funktionsträger wie Lehrer und Politiker. Es gab Flugblätter und

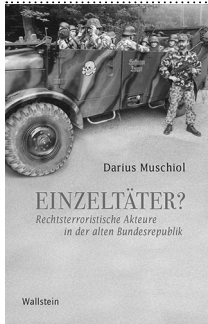
Plakate, aber auch Brandanschläge und tödliche Attentate. Im Jahr 1934 beeindruckte Bandera als Angeklagter im Fall des von der OUN ermordeten polnischen Innenministers Bolesław Pieracki eine junge Generation ukrainischer Nationalisten unter anderem durch seine Weigerung, vor Gericht Polnisch zu sprechen. Bis Kriegsbeginn 1939 saß Bandera in Haft. Rossoliński-Liebe folgt detailgenau seinen weiteren Aktivitäten, wie der 1940 erfolgten Spaltung der OUN in »Melnysten« und »Banderisten« und deren Kollaboration mit den Nationalsozialisten sowie ihrer aktiven Rolle bei antisemitischen Pogromen im Juni 1941 in der Westukraine. Das zentrale OUN-Projekt der Ausrufung eines eigenständigen ukrainischen Staats scheiterte im Juli 1941 an den gegensätzlichen nationalsozialistischen Interessen und Bandera und andere OUN-Funktionäre wurden verhaftet. Während Bandera bis September 1944 im KZ Sachsenhausen in »Ehrenhaft« saß, entstanden in Wolhynien erste UPA-Einheiten des Bandera-Flügels der OUN. Die UPA betrieb von da an in der Westukraine ethnische Säuberungen und ermordete versteckt lebende Juden, Sinti und Roma sowie Polen. Diese Taten entsprachen der politischen Linie des abwesenden Bandera.

Von 1945 bis zu seiner Ermordung durch einen KGB-Agenten im Jahr 1959 lebte Bandera in Bayern und reorganisierte mit Hilfe der CIA und des BND den antisowjetischen Untergrundkampf der restlichen UPA in der Westukraine – eine Koalition trotz der Verbrechen und Massenmorde.

Facettenreich skizziert Rossoliński-Liebe die Entwicklung des nach wie vor sehr wirkungsmächtigen Personenkults um Bandera, der insbesondere in der Westukraine dessen antisemitische und antipolnische Einstellungen verleugnet oder bagatellisiert und Banderas Haftzeit im KZ positiv funktionalisiert, während er in Russland als faschistischer Verbrecher angesehen wird. Die Biografie wäre noch erkenntnisreicher für das Verständnis der Verklärung Banderas geworden, wenn sie die diskriminierende polnische Politik der Zwischenkriegszeit gegen die ukrainische Minderheit dargestellt hätte, die die Anziehungskraft der OUN auf die junge politisierte Generation der Ukrainer nachvollziehbarer machen würde, ohne sie zu rechtfertigen. Als Erklärungsansätze für den nach wie vor bestehenden Personenkult kämen vermutlich auch die repressive sowjetische Politik in der Westukraine ab dem Sommer 1944 mit der Deportation der Familien von OUN-UPA-Mitgliedern sowie die vor 1989 in der Ukraine fehlende Möglichkeit in Frage, die OUN-UPA und Banderas Rolle offen und kritisch aufzuarbeiten. Für das Verständnis der historischen Rolle der OUN-UPA und ihre aktuelle Bedeutung in der ukrainischen Politik ist die Biografie jedoch sehr zu empfehlen.

Franziska Bruder
Berlin

Kein Randphänomen



Darius Muschiol

Einzeltäter?

Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik

Göttingen: Wallstein Verlag, 2024, 486 S., € 42,—

Die deutschsprachige zeithistorische Forschung befasst sich in den letzten Jahren intensiver mit der Geschichte des Rechtsradikalismus seit 1945. In diesem Zusammenhang steht auch die Dissertation von Darius Muschiol, in der er rechtsterroristische Akteure in der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1990 untersucht. Im Zentrum steht die Frage, ob rechtsterroristische Täter tatsächlich als Einzeltäter oder geistig Verwirrte zu verstehen sind, wie es Politik, Behörden und Wissenschaft nahelegten. Im ersten Kapitel identifiziert er gängige Zuschreibungen des Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik und überprüft diese in den darauffolgenden Kapiteln empirisch. Muschiol arbeitet dabei mit dem Vigilantismus-Begriff, dem zufolge Rechtsterroristen Gewalt anwenden, um vermeintlich die bestehende soziale Ordnung zu verteidigen. Er konstatiert, dass der Staat selbst zunächst kein eigentliches Ziel rechtsterroristischen Handelns darstellt.

Muschiol analysiert Biografien, Sozialisationsbedingungen und Radikalisierungsprozesse der Täter und macht drei Phasen des Rechtsterrorismus aus: den expansiven Vigilantismus zwischen 1961 und 1966, als sich die Anschlagorte weitgehend außerhalb der Bundesrepublik befanden; den konservativen Vigilantismus zwischen 1968 und 1972 als Reaktion auf den gesellschaftlichen Wandel von »1968«; sowie den revisionistischen Vigilantismus zwischen 1977 und 1982, als Motivlagen und Anschlagziele vielfältiger wurden.

Feindbilder waren, vor allem seit den 1960er Jahren, Staatsgrenzen – Südtirol, DDR, Elsass – sowie die politische Linke. Im Übergang zu den 1980er Jahren wandten sich rechtsterroristische Akteure auch gegen das demokratisch-rechtsstaatliche System; zudem gewann Rassismus als Motiv an Bedeutung. Schließlich gerieten auch die westlichen Besatzer in einem rechts gedeuteten »antiimperialistischen Befreiungskampf« zum Feindbild. Ein Kontinuum bildeten das Feindbild der NS-Aufarbeitung sowie Anschläge gegen Juden und Jüdinnen. Ausführlich beleuchtet die Studie internationale Kontakte und Vernetzungen, unter anderem nach Südtirol, in den Nahen Osten, die USA und nach Frankreich. Nationale Grenzen, so ein Ergebnis, stellten keine Hindernisse für Rechtsterroristen dar. Ferner untersucht Muschiol die vielfältigen Kommunikationsstrategien der Täter.

Das letzte Kapitel widmet sich den politischen, behördlichen, wissenschaftlichen und juristischen »blinden Flecken«. Die Gewalt wurde, so Muschiol, unterschätzt, verharmlost oder pathologisiert. Zudem bediente man sich einer schiefen Extremismustheorie, die dem Linksterrorismus weitaus mehr Aufmerksamkeit schenkte. Der Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik, resümiert Muschiol, war kein Randphänomen. Die häufige Einordnung der Täter als Einzeltäter oder »psychisch Gestörte« verstellte den Blick auf ihre Einbindung in ideologische, soziale und organisatorische, teils transnationale Netzwerke und ihre Kommunikation mit Unterstützungskreisen.

Die Arbeit schließt mit der systematischen Analyse rechtsterroristischer Gewaltakteure in der alten Bundesrepublik eine Forschungslücke. Muschiol fördert viele interessante, bislang unbekannte Hintergrundinformationen zutage. Besonders hervorzuheben ist seine Untersuchung der kaum erforschten deutsch-österreichischen Verflechtungen im Südtirolterrorismus.

Der Leseindruck ist allerdings nicht ganz ungetrübt. Die Systematisierung ist ambitioniert, erschwert aber allen, die nicht tief in der Thematik sind, das Verständnis und bringt Wiederholungen mit sich. Auch fällt auf, dass sehr häufig Formulierungen wie vermutlich, womöglich und möglicherweise verwendet werden. Hier hätte man sich eine genauere Einordnung gewünscht, welche Erkenntnisse als gesichert gelten können und welche nicht. Zu begrüßen ist es, dass Muschiol mit einer breiten Quellenbasis arbeitet, die Verfassungsschutzberichte, Zeitungen und Gerichtsakten sowie rechtsextreme Selbstzeugnisse umfasst. Weniger nachvollziehbar ist jedoch, dass er Zeitschriften kommunistischer Splittergruppen in die Analyse einbezieht, nur sehr punktuell hingegen große Tageszeitungen wie die *Frankfurter Rundschau*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* oder die *Süddeutsche Zeitung*.

Insgesamt betont der Autor sehr entschieden, dass die Reaktionen auf den Rechtsterrorismus durchgängig von Bagatellisierung geprägt gewesen seien. In der Arbeit selbst erfährt man aber an vielen Stellen von jenen – gar nicht so wenigen – zeitgenössischen Stimmen, die die von Muschiol kritisierten Deutungen, etwa des Einzeltäters, in Frage stellten. Solche Positionen fanden sich nicht nur bei der radikalen Linken, sondern Ende der 1970er Jahre auch bei bürgerlichen Medien, Behördenvertretern und Regierungsmitgliedern. Hier wäre mehr Differenzierung hinsichtlich der heterogenen Rollen nichtterroristischer Akteure und ihres historischen Wandels wünschenswert gewesen.

Trotz dieser Kritik ist insbesondere die Systematisierung und Strukturierung des Forschungsthemas sehr zu begrüßen. Die vorgeschlagene Periodisierung des Rechtsterrorismus wird künftiger Forschung wichtige Anhaltspunkte bieten.

Barbara Manthe
Bielefeld

Bilanz und Herausforderungen



Wolfgang Benz

Zukunft der Erinnerung.

Das deutsche Erbe und die kommende Generation

München: dtv, 2025, 237 S., € 20,–

Es kommt eher selten vor, dass ein Autor zwei seiner Bücher mehr oder weniger den gleichen Titel gibt. Im Jahr 2009 überschrieben Wolfgang Benz und seine Mitherausgeberin Barbara Distel den 25. und letzten Band der von ihnen begründeten »Dachauer Hefte« mit *Die Zukunft der Erinnerung*. 16 Jahre später hat Wolfgang Benz nun das Buch *Zukunft der Erinnerung* vorgelegt. Hierin behandelt er den »Umgang mit der Erblast aus der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft« vornehmlich in West-, in Einschüben aber auch in Ostdeutschland (S. 7). Benz, langjähriger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin und Mitglied der Beiräte verschiedener KZ-Gedenkstätten, reflektiert in dieser Bestandsaufnahme der deutschen »Erinnerungskultur« auch selbstkritisch seinen eigenen Beitrag hierzu (etwa S. 134, 183–189, 193, 222).

Zunächst befasst er sich in seiner Tour d’Horizon mit dem Streit um die Erinnerung und der seit 1990 immer wieder neu gestellten Frage, wie und »woran erinnern?« (S. 15). Schließlich hatte mit der deutschen Wiedervereinigung auch das Gedenken an die Verbrechen der SED-Diktatur die Agenda erweitert, die Einwanderungsgesellschaft bringt neue Herausforderungen mit sich und deutsche Kolonialverbrechen sind in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus gerückt. Alle diese Aspekte und darüber hinaus etwa auch die Morde des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds gingen in das Erinnerungskonzept des Bunds ein, welches die damalige Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth 2024 erstellen ließ. Dieses wirkte daher aber wie ein »erinnerungspolitischer Gemischtwarenladen« und wurde folgerichtig bald wieder einkassiert (S. 18).

Benz schlägt Schneisen durch zentrale Themenfelder. Er befasst sich unter anderem mit der Frage, ob das Ende des »Dritten Reichs« eine »Niederlage oder Befreiung« war (S. 35), außerdem mit der Rolle, die die Auseinandersetzung mit dem Widerstand für die Legitimation von Bundesrepublik und DDR spielte, der Beschäftigung mit dem Holocaust und dem Aufkommen neuer Judenfeindschaft. Er analysiert die »Amnesie«, die die Deutschen in Bezug auf die NS-Verbrechen und eigenes Mittun nach 1945 erlitten, sowie die

jüngsten Versuche, einen »Schlussstrich« unter die Vergangenheit zu ziehen, um endlich wieder stolz auf sein Deutschtum sein zu können. Er behandelt lange Zeit tabuisierte Opfergruppen, wie etwa Wehrmachtsdeserteure, Homosexuelle, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas und sogenannte Berufsverbrecher. Benz befasst sich aber auch mit den Erinnerungsorten und ihrer Funktion, mit dem schwierigen Verhältnis von Zeitzeugen und Historikern sowie mit den »Denkmalsetzungen« für die verschiedenen Opfergruppen.

Zu diesen Themenfeldern skizziert Benz jeweils die Entwicklung der Erinnerung seit 1945. So weist er darauf hin, wie groß die Verdrängung und das Vergessen deutscher Verbrechen nach 1945 gewesen sind, wie sehr vielmehr eigenes Leid das Denken der Deutschen bestimmte und welche Rolle die Politik dabei spielte. Die Opfer hingegen blieben sich selbst überlassen, wurden oftmals erneut stigmatisiert oder gar – wie im Fall der Sinti und Roma – von der Polizei verfolgt, »Berufsverbrecher«, auch wenn sie aufgrund von NS-Unrechtsgesetzen verurteilt worden waren, oft gar nicht erst aus der Haft entlassen. Benz macht deutlich, wie schwierig der Weg zu einem Erinnern war und welche Meilensteine hierbei wegweisend waren. Im Fall der Auseinandersetzung mit dem Judenmord ist etwa die Wirkung der US-Fernsehserie HOLOCAUST, die dem Genozid 1979 in Deutschland überhaupt erst den Namen gab, nicht hoch genug anzusetzen (etwa S. 91, 111). Wenn Benz Ereignisse nur kurz andeutet, dürfte er seine Leserinnen und Leser aber manchmal etwas ratlos zurücklassen, wie etwa bei jener »Schelte«, die Bundeskanzlerin Angela Merkel vom israelischen Premier Benjamin Netanjahu wegen einer Ausstellung im Jüdischen Museum in Berlin 2018 erhielt: Merkel sollte die staatliche Finanzierung des Museums einstellen lassen (S. 120). Es ging um die Ausstellung »Welcome to Jerusalem«, die Netanjahu als »antiisraelisch« bezeichnet hatte. Ohne weitere Hintergrundinformationen hierzu dürften die wenigsten mit dieser Episode noch etwas anfangen können.

Eine große Herausforderung und Gefahr für die Erinnerung an die NS-Verbrechen in Deutschland sieht Benz in der »Begeisterung für einen neuen Faschismus« (S. 214) und, wenig überraschend, vor allem im Geschichtsverständnis und den erinnerungspolitischen Konzepten der AfD (etwa S. 8, 32, 52, 83, 93, 107). Das sehr lesenswerte Buch ist vor dem Hintergrund gegenwärtiger Versuche, die deutsche Geschichte umzudeuten, ein wichtiger Einwurf eines Historikers, der sich wie kaum ein zweiter um die Gedenkkultur in Deutschland verdient gemacht hat. Es stimmt sehr nachdenklich, dass Benz’ Sorge darum seit 2009 deutlich gewachsen zu sein scheint.

Jörg Osterloh

Fritz Bauer Institut

Mehr als eine »Durchsetzungsgeschichte« von *Holocaust* und *Shoah*



Kristin Platt

Die Namen der Katastrophe.

»Holocaust« und »Shoah« als sprachliche und soziale Zeichen

Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2024, 774 S., € 59,90

Um es gleich vorwegzunehmen: Man kann dieser gewaltigen Studie in einer Rezension eigentlich nicht gerecht werden. Zu zahlreich sind die Einzelbefunde, zu akribisch zusammengetragen die vielen Details der hier versammelten vielfältigen Begriffs-, Namens- und Diskursgeschichten, die eben nicht »nur« die letzten 80 Jahre umfassen. Und es wäre wohlfeil, bei einer Arbeit von weit mehr als 750 Seiten auf das eine oder andere zu verweisen, was dann doch keinen Eingang fand: Denn auch Habilitationen – und um eine solche handelt es sich hier – müssen schließlich begrenzt werden. Stattdessen soll wenigstens angedeutet werden, welch beeindruckendes Panorama das Buch entfaltet und was es zu einem Standardwerk macht, an dem zukünftig niemand mehr vorbeikommen wird, der sich mit den »Namen der Katastrophe« beschäftigen und dazu Substantielles sagen will. Dabei muss man gleich eingangs feststellen, dass in dieser Arbeit eben nicht ausschließlich »*Holocaust* und *Shoah* als sprachliche[n] und soziale[n] Zeichen« nachgegangen wird, wie der Untertitel suggeriert, sondern natürlich auch die Verwendung des jiddischen *Churban* beziehungsweise des hebräischen *Khurban* (Katastrophe), die im biblischen Zusammenhang auf die Zerstörungen des Jerusalemer Tempels verweisen, ausführlich beschrieben wird. Ganz grundsätzlich geht es Kristin Platt darum, »Prozesse und Bedingungen von Benennungen« (S. 13) herauszuarbeiten und dabei besonders die »Wechselbeziehungen [...] zu bestimmten Kontexten« (S. 14) in den Blick zu nehmen und »mögliche Nähen und wesentliche Differenzen zu jeweiligen Wissensrahmungen zu erörtern« (ebd.). Daraus ergeben sich die zentralen Fragen der Untersuchung: »Welche Verschiebungen, welche Brüche, welche Markierungen konkretisieren sich in der Suche nach einem »Begriff« für die Erfahrung des Nationalsozialismus? Welche Relationen lassen sich zwischen Namen und Erfahrung, welche Relationen zwischen Namen und Ereignis erkennen? Welche Distanzierungen werden angestrebt, welche ermöglicht? Wie stehen Namen und die Aufgaben von Erinnern und Gedenken, Weitergeben und Forschen zusammen? Was bedeutet ein Name in den Erinnerungen und Erzählungen der

Überlebenden? Was geschieht, wenn etwas einen Namen bekommt, den wir als radikales Außerhalb der *sprachlichen Bewältigung* erlebt haben oder denken?« (Ebd.) Schon diese Liste zeigt: Es geht um weit mehr als »nur« um eine Durchsetzungsgeschichte der drei aus der Bibel stammenden Begriffe. Vielmehr legt die Verfasserin eine kultur- und sozialtheoretisch hochreflektierte Untersuchung über das Benennen und Beschweigen, über das Sprechenmüssen, -können und -dürfen angesichts des schlimmsten Menschheitsverbrechens vor. Die herangezogenen Theorien und Modelle sind dabei notwendig breit gefächert: Dass Platt ausgiebig von Konzepten zu *Eigennamen* der 1910er bis 1930er Jahre profitiert, verdankt sich nicht nur deren Relevanz für eine Studie, die *Shoah* und *Holocaust* eben als Namen – und nicht als Symbole oder Metaphern – begreift, sondern soll zugleich als eine »Annäherung an das Vermächtnis des jüdischen Wissens in Deutschland« (S. 15) verstanden werden. Schließlich stammen wesentliche Arbeiten auf diesem Feld von jüdischen Autoren, deren Perspektiven ab 1933 ausgeschlossen wurden und es nach 1945 lange blieben.

Immer wieder kreist die Studie um den Sinn, den die Bezeichnungen dem Geschehen einerseits verleihen sollen, wofür sie andererseits aber kritisiert werden (müssen). Auch in diesem Zusammenhang räumt Platt mit wiederkehrenden Fehlurteilen auf. Dass ihre Untersuchung wesentlich kulturwissenschaftlich basiert ist, begreift sie als »eine Antwort auf das gerade in der geschichtswissenschaftlichen Forschung doch immer wieder beobachtbare Beharren darauf, »bedeutungsneutrale« von »moralisch aufgeladenen« Begriffen differenzieren zu können. Nach wie vor gelten Begriffe wie *Krieg* oder *Konflikt* als solcherart »neutrale« Bezeichnungen, während die Begriffe *Genozid* oder *Holocaust* als »sinnbezogen« verstanden werden würden.« (S. 26)

Während Platts Studie in der rein »äußeren« Begriffsgeschichte wenig Neues zutage fördert – hier geht sie kaum über Vorarbeiten etwa von James E. Young hinaus –, besteht ihr immenser Mehrwert gerade in den tiefgreifenden Einsichten in die Wechselbeziehungen zwischen Ereignis, Benennung als sozialer Praxis und den Folgen für Wahrnehmung und Handeln, die das bislang Erforschte weit übertreffen. So etwa die Erkenntnis, dass es nicht »an einer im Namen vorliegenden Bedeutungsressource« liegt, dass »über die Namen Wissens- und Denkmuster offenbar werden [...], sondern daran, dass mittels der Namen im Diskurs eine *Ordnung* der Sprecher und der Sprache hergestellt werden kann. Der *Name* ermöglicht die Kommunizierbarkeit, Identifizierbarkeit, Zitierbarkeit und Interpretierbarkeit eines Ereignisses, das sich als extremes katastrophisches Geschehen offenbart.« (S. 674 f.)

Sascha Feuchert
Gießen

Vielfalt der Antisemitismusdeutung



Peter Ullrich, Sina Arnold, Anna Danilina, Klaus Holz, Uffa Jensen, Ingolf Seidel, Jan Weyand (Hrsg.)

Was ist Antisemitismus?

Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft

Göttingen: Wallstein Verlag, 2024, 315 S., € 24,–

Um die Frage, was Antisemitismus ist, gibt es Streit. Der Sammelband *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Antisemitismus*, herausgegeben von einer Reihe von Antisemitismusforscherinnen und -forschern, verspricht, in »der sehr knappen Form eines einführenden Handbuchs [...] Grundbegriffe, zentrale Problemfelder und prominente Positionen« (S. 10) darzustellen, die für diesen Streit in Deutschland von besonderer Relevanz sein sollen. Ziel sei es, die »komplexe wissenschaftliche Arbeit an verschiedenen Antisemitismus-Konzepten einem breiteren Publikum zugänglich« zu machen. Es darf bezweifelt werden, dass das mit dem Buch gelingt. Denn die Texte sind sehr unterschiedlich. Manche führen in Thematiken ein, andere sind aber voraussetzungsreich und sehr akademisch. Einige Artikel haben nur über Ecken mit dem Titel des Buchs zu tun.

Der Band behauptet, ein »mehr bilanzierende[s], denn sich stark positionierende[s] Vorgehen« (S. 11) abzubilden. Das stimmt aber nicht immer. Im Gegenteil, gerade im Hinblick auf die sogenannte Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus, deren Antisemitismusdefinition höchst umstritten und in der Antisemitismusbekämpfung marginalisiert ist, ist der Band überraschend eindeutig positioniert.

Während der Titel des Buchs eine Antwort auf die Frage »Was ist Antisemitismus?« verspricht, lautet die Leitfrage in der Einleitung: »Welchen Beitrag leistet die Forschung über Antisemitismus zu der Vielfalt möglicher Sichtweisen?« (Ebd.) Die eine Antwort wird es hier also nicht geben, sondern vielfältige von zahlreichen Autorinnen und Autoren.

Der Band war veraltet, bevor er erschien. Aus einem jahrelangen akademischen Forschungsprojekt hervorgegangen, war er vor dem 7. Oktober 2023 fertiggestellt, erschien aber erst danach. In einem »Nachtrag« am Ende der Einleitung schreiben die Herausgeberinnen und Herausgeber, vor dem Hintergrund der neueren Entwicklungen »wäre der Zungenschlag einiger Darstellungen in diesem Buch etwas anders ausgefallen«.

Das Handbuch ist in vier Teile gegliedert. Im ersten Teil werden »Grundbegriffe« vorgestellt, gemeint sind jedoch Erscheinungs-

formen des Antisemitismus. Positiv sticht der Artikel von Katharina von Kellenbach heraus, der sich auf erfrischende Art und Weise dem Antijudaismus zuwendet. Irritationen löst vor allem der Text zum »Postkolonialen Antisemitismus« aus, der eigentlich einer über den Historikerstreit 2.0 ist. Während es gewinnbringend gewesen wäre, sich antisemitische Argumentationen in postkolonialen Theorien anzuschauen, um zum Beispiel die Dynamiken antisemitischer Mobilisierungen an Hochschulen nach dem 7. Oktober zu verstehen, beschränkt sich der Band auf die Darstellung einer Debatte über den Gegenstand. Insbesondere hier fällt ein fast naiver Zungenschlag auf.

Der zweite Teil rekonstruiert Problemfelder wie das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus, die Psychoanalyse des Antisemitismus und Einstellungsforschungen. Dass der Artikel über die Antisemitismusdefinitionen ausgerechnet von einem der Autoren der Jerusalemer Erklärung geschrieben wurde, zeigt exemplarisch, wie sehr man es in dem Buch mit einem positionierenden Vorgehen zu tun hat.

Im dritten Teil werden Antisemitismusforscherinnen und -forscher vorgestellt; kanonisierte wie Hannah Arendt oder Theodor W. Adorno und heutige Theoretikerinnen und Theoretiker wie Detlev Claussen oder Astrid Messerschmidt. Merkwürdigerweise gibt es auch einen Text über Judith Butler, in dem es nicht um die titelgebende Frage geht, sondern um eine »Kritik instrumenteller Antisemitismusvorwürfe« (S. 178). Mit dem eigentlichen Thema hat das nichts mehr zu tun. Shulamit Volkovs Theorem des Antisemitismus als kultureller Code findet zwar Beachtung, wird aber fälschlicherweise als »historisch situiertes Phänomen« (S. 151) zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik abgetan, obwohl Volkov selbst es auf linke Debatten der 1970er und 1980er Jahre bezog. Hier verpasst der Band die Chance, die gegenwärtigen Entwicklungen interpretierbar zu machen. Der vierte Teil soll die Sache noch einmal grundlegender erkenntnistheoretisch und sprachphilosophisch diskutieren. Spätestens hier dürfte das erhoffte breitere Publikum verloren gehen.

Was ist Antisemitismus? bietet einen facettenreichen Einblick in die gegenwärtigen Debatten der Antisemitismusforschung. Dem eigenen Anspruch, Orientierung zu bieten und ein breites Publikum anzusprechen, wird das Buch jedoch nicht gerecht. Zu oft verliert es sich in akademischen Debatten, ohne die Relevanz für die Lebensrealität von Jüdinnen und Juden oder für die Antisemitismusbekämpfung heute herauszuarbeiten. Die Vielzahl von Stimmen und Ansätzen führt weniger zu einer Klärung als zu einer weiteren Verunklärung des Gegenstands. Damit spiegelt das Buch exemplarisch die Krise der Antisemitismusdefinition in der aktuellen Forschung wider – und lädt zugleich dazu ein, diese Debatte kritisch weiterzuführen.

Nikolas Lelle
Berlin

Atmosphäre aus Angst und Hass



Matthias Naumann (Hrsg.)
Judenhass im Kunstbetrieb.
Reaktionen nach dem 7. Oktober 2023
Berlin: Neofelis, 2024, 214 S., € 18,-

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 schwelt eine neue Episode der Gewalt im Nahen Osten. Länger schon, aber seitdem wieder intensiver, beschäftigt dieser Konflikt nicht nur die Menschen in Gaza und Israel sowie die Kriegsparteien und ihre geopolitischen Verbündeten, sondern auch zivilgesellschaftliche Akteure weltweit. Das allein böte Anlass zur Diskussion: Wie kann es sein, dass ein blutiger Konflikt – global und historisch betrachtet keine Seltenheit – Theater, Kinos, Film- und Musikfestivals an ganz anderen Enden der Welt mal weniger, mal ausgiebiger betrifft? Welcher Faktor führt dazu, dass Kriege für an ihnen Unbeteiligte zu offenbar identitätsstiftenden Momenten werden?

Der zum ersten Jahrestag des Überfalls der Hamas im Neofelis Verlag erschienene Sammelband *Judenhass im Kunstbetrieb. Reaktionen nach dem 7. Oktober* gibt schon im Titel eine Teilantwort auf diese Frage. Herausgeber Matthias Naumann beginnt im einleitenden Kapitel mit einer ernüchternden Feststellung: Der »schon vorher latent vorhanden gewesen[e]« Antisemitismus präge nun »als Hass« nicht weniger als »die Atmosphäre im Kunstbetrieb« (S. 11). Inwieweit dieses dramatische Urteil Bestand hat, dem gehen die Autorinnen und Autoren des Sammelbands in weiteren sieben Beiträgen nach. Dabei beleuchten sie jeweils einzelne Bereiche des Kunst- und Kulturbetriebs – Literatur, bildende Kunst, Musik, Theater, Tanz, Film und Comic.

So zeichnen etwa Dana von Suffrin und Jonathan Guggenberger – beide selbst publizistisch tätig – das Bild einer Kunst- und Literaturbranche im Ausnahmezustand. In den Monaten nach dem 7. Oktober beobachteten sie, wie Akteurinnen und Akteure des Kulturbetriebs ihren Palästina-Aktivismus nahtlos mit ihrer schöpferischen Tätigkeit verbanden und dabei erhebliche Energien aufwendeten, um sich als Streiter für das Gute – gegen Israel – zu inszenieren.

Dabei mündet dieser moralisch aufgeladene Kampf immer wieder in Kleinkriegen um offene Briefe, Statements, öffentliche Auftritte und staatliches Geld – nicht ohne Potenzial: Wer für seine aktivistisch-künstlerische Arbeit keine Bühne, Räume oder Förderung erhält, so suggeriert der Beitrag, kann sich eindrucksvoll als jemand inszenieren, dessen Arbeit von einem vermeintlich autoritären

Regime zensiert wird. Guggenberger beklagt, dass die Kunst selbst dabei die fast schon kleinste Rolle spielt und resümiert: »Dass es auch freie, kritische – ja sogar staatskritische – Kunst abseits staatlicher Förderung geben könne, der Staat mit seinen selbstgesetzten Förderrichtlinien also nicht der Garant für eine dementsprechende Kunst ist, wurde ebenso übergangen, wie die simple Einsicht, dass die implizite Anerkennung des Existenzrechts Israels in Förderanträgen nicht das Ende der Kunstfreiheit ist.« (S. 67)

Stilistisch unterscheiden sich die Beiträge im Sammelband erheblich, was die Lektüre erfrischend gestaltet. Mal sind es analytische Texte wie die historisch geschulte und gründlich recherchierte Materialsammlung zu antiisraelischen und antisemitischen Tendenzen in der Popmusik von Jakob Baier. Mal sind die Beiträge eher persönlich oder essayistisch, wie etwa »Die große Kälte« von Esther Slevogt – Theaterkritikerin und Chefredakteurin des Online-Portals *Nachtkritik* –, die sich mit dem beschäftigt, was nach dem 7. Oktober 2023 eher fehlte: Empathie und Solidarität mit den Opfern des Hamas-Angriffs. Korrekt bemerkt Slevogt auch, dass die »sonst so meinungsfreudige Branche« (S. 95) beim Ukraine-Konflikt oder dem Attentat auf die französische Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* mit ihren Solidaritätsadressen nicht so zurückhaltend blieb.

Insbesondere die Beiträge zu »Judenhass im zeitgenössischen Tanz« von Alexander H. Schwan sowie zu »Karikaturen und Comics nach dem 7. Oktober 2023« von Ole Frahm zeigen eindrucksvoll, was die Antisemitismusforschung seit längerem ahnt: Hinter mancher vermeintlich propalästinensischen Positionierung verbirgt sich auch immer wieder das Bedürfnis, den Holocaust zu verharmlosen, in seiner Dimension zu leugnen oder Israel und die Israelis als die neuen Täter zu kennzeichnen, mit denen ebenso zu verfahren sei wie mit den historischen Nationalsozialisten.

Das führt Stella Leder und Benno Plassmann abschließend zu der ernüchternden Einschätzung: »Die Selbstregulierung des Kulturbetriebs bezogen auf Antisemitismus funktioniert nicht.« (S. 197) Nach der Lektüre will man ihnen zustimmen: Gerade die große moralische Geste, die Berufung auf Kunst- und Meinungsfreiheit und die Schnelllebigkeit sowie Verkürzungstendenzen der sozialen Medien machen es den klassischen Institutionen schwer, als Israelkritik getarnten Antisemitismus zu erkennen und ihm wirksam entgegenzutreten. Hinzu gesellt sich ein Angstklima, das nunmehr einen Anteil daran hat, dass israelische oder palästinensische Künstlerinnen und Künstler und Werke lieber gar nicht mehr angefragt, eingeladen, gefördert, ausgestellt werden – ganz gleich, welche Positionen sie zum Nahost-Konflikt vertreten.

Diese bedenkliche Entwicklung im Detail festzuhalten und sie dadurch nicht nur besser zu erkennen, sondern auch zu begreifen, dazu leistet der Band einen ergiebigen Beitrag.

Konstantin Nowotny
Berlin

Chronik eines Kriegs



Saul Friedländer

Israel im Krieg. Ein Tagebuch

Aus dem Englischen von Andreas

Wirthensohn

München: C.H.Beck, 2024, 204 S., € 24,–

Eigentlich hatte Saul Friedländer im Januar 2023 begonnen, ein für die Öffentlichkeit gedachtes Tagebuch zu schreiben, um die politischen Ereignisse in Israel rund um die geplante Justizreform zu dokumentieren, die den demokratischen Charakter des Lands dramatisch infrage stellte. Die zum Teil aus extrem rechten Kräften bestehende Regierung Benjamin Netanjahus versuchte zunehmend, den Rechtsstaat auszuhebeln und ein autoritäres Regime zu etablieren. Den lautstarken Demonstrationen der Protestbewegung, die als Reaktion auf diese Pläne Woche für Woche in Israel stattfanden, konnte sich der 90-jährige Friedländer nicht mehr anschließen. Sein in den USA verfasstes Tagebuch, das Mitte Oktober 2023 bei C.H.Beck unter dem Titel *Blick in den Abgrund* erschien, war gewissermaßen sein Beitrag zum Kampf um die israelische Demokratie. Als er es im Juli 2023 fertigstellte, ahnte er nicht, dass sich der titelgebende Abgrund, in den er einen Blick gewähren wollte, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch dramatisch düsterer darstellen würde.

Am 7. Oktober 2023 erklärte die palästinensische, radikal-islamistische Terrororganisation Hamas Israel den Krieg: In den frühen Morgenstunden fiel sie in die grenznahen Ortschaften und Kibbuzim ein, griff ein Musikfestival an und drang tief in israelisches Staatsgebiet vor. Insgesamt ermordeten palästinensische Kämpfer 1.139 Menschen, verletzten mehr als 5.400 und entführten 251 weitere als Geiseln in den Gazastreifen. Der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit Ende des Zweiten Weltkriegs stürzte das Land in eine der schlimmsten Krisen seiner Geschichte und veranlasste den Holocaustforscher, sein Tagebuch wieder aufzunehmen.

Vom Tag des Überfalls im Herbst 2023 bis Ende Mai 2024, mit einer Unterbrechung von Mitte Februar bis Ende März, hält er die sich im Nachgang entfaltenden Ereignisse und das Kriegsgeschehen fest. Die monatelangen Proteste und der politische Streit um die Justizreform brachen zunächst ab, ein Kriegskabinett wurde gebildet und die »israelische Gesellschaft zur Verteidigung des Landes« schien vorerst geeint (S. 20).

Die Tagebucheinträge erinnern noch einmal eindrücklich an das Versagen der Geheimdienste und des Militärs sowie die desaströse Informationslage, die das ganze Ausmaß der Katastrophe erst nach

Tagen und Wochen hat sichtbar werden lassen. Friedländer beobachtet sehr genau die israelische Innenpolitik, die Abwesenheit der staatlichen Institutionen, das Einspringen der Zivilgesellschaft an ihrer Stelle sowie das Geisel-Abkommen vom November 2023. Besonders schmerzlich lesen sich die Einträge vom Frühjahr 2024, die verdeutlichen, dass die Details für das Waffenstillstandsabkommen vom Januar/Februar 2025 bereits damals weitgehend ausgearbeitet waren.

Friedländer richtet den Blick auch kritisch auf die eskalierende Siedlergewalt im Westjordanland und die sich stetig verschlechternde Lage der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza. Da Friedländer aus seiner US-amerikanischen Wahlheimat für eine deutsche Leserschaft die Informationen zusammenfasst und kommentiert, die er US-amerikanischen und israelischen Tageszeitungen entnimmt, mag sich jedoch kein richtiges Stimmungsbild der Lage in Israel ergeben. Die Distanz, die den kritischen Blick von außen erst ermöglicht und von dem der erste Band enorm profitierte, gerät hier zum Nachteil. Eindrücklicher sind seine Beobachtungen einer neuen Welle des Antisemitismus, vor allem an US-amerikanischen Universitäten, »die die meisten Israelis nicht spüren oder fürchten« (S. 124). Mit Fassungslosigkeit beobachtet er »de[n] enorme[n] Ausbruch von Hass gegen Juden, mit anderen Worten die Gleichsetzung von Israelis und Juden in einem Anfall von Antisemitismus, wie es ihn im Westen seit der Hochzeit des Nazismus nicht mehr gegeben hat« (S. 66).

Wer die Ereignisse seit dem 7. Oktober aufmerksam verfolgt hat, wird in dem Band jedoch leider nicht viel Neues finden. War der erste Tagebuchband angereichert mit Kommentaren und Rückblicken auf die Geschichte des Lands, das Friedländer einst mit aufgebaut hatte, fehlen diese im zweiten Band bedauerlicherweise weitgehend. Einträge, die über das Tagesgeschehen hinausgehen, sind selten. Wichtig ist allerdings Friedländers Einschätzung, ob es sich bei den Kriegshandlungen Israels im Gazastreifen um einen Genozid handelt. Er distanziert sich explizit von seinem ehemaligen Schüler Omer Bartov, der Israel sehr früh des Völkermords beschuldigte (S. 121 f.) und bis heute an diesem Vorwurf festhält.

Friedländers Tagebuch ist zweifellos ein bedeutendes Zeitdokument, dessen Lektüre längst aus dem Bewusstsein gerückte Ereignisse wieder in Erinnerung ruft. Es empfiehlt sich, beide Bände in Zusammenschau zu lesen, verdeutlicht doch gerade der erste Band eindrücklich die fragile innenpolitische Lage Israels am Vorabend des Massakers, die auch von der Hamas sehr genau beobachtet wurde. Die Zäsur des 7. Oktobers, der den drohenden Abgrund in eine Hölle verwandelte, zeigt sich so besonders eindrücklich.

Wer jedoch nach einer tiefergehenden Analyse und einer historischen Einordnung des 7. Oktobers sucht, sollte lieber zu Ron Leshems *Feuer. Israel und der 7. Oktober* greifen.

Andrea Kirchner
Fritz Bauer Institut

War Opa doch ein Nazi?



**Kirsten Hoffmann, Bernhard Homa,
Nicolas Rügge (Hrsg.)**

*Personenbezogene Unterlagen zur NS-Zeit
und ihren Folgen im Niedersächsischen
Landesarchiv. Quellengruppen und
Nutzungsmöglichkeiten*

Hannover: Niedersächsisches
Landesarchiv, 2023, 132 S., € 9,–

Die viel beachtete Studie *Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis* arbeitete im Jahr 2002 erstmals einen augenfälligen Gegensatz zwischen dem Wissen vieler Deutscher über die Jahre 1933 bis 1945 und dessen Übertragung auf die eigene Familiengeschichte heraus. »Verblüffenderweise scheint das Familiengedächtnis in der Lage zu sein, öffentliche Diskurse über den Holocaust oder über die Verbrechen der Wehrmacht in [...] [eine] Alltagstheorie zu inkorporieren, deren Kern darin besteht, dass Deutsche und ›Nazis‹ zwei völlig verschiedene Personengruppen waren«, lautete damals das Fazit der Untersuchung.¹ Auch 20 Jahre später scheint sich an diesem Umstand wenig geändert zu haben. So waren laut einer repräsentativen Umfrage zwei Drittel aller Deutschen im Jahr 2020 der Meinung, ihre Vorfahren seien nicht zum Kreis der Täterinnen und Täter während der NS-Zeit zu zählen.² Offenbar wurde und wird die Geschichte der eigenen Familie vielerorts durch die Überlieferung zwischen den Generationen »immer weiter geformt – und das losgelöst von irgendeiner Form des Faktenchecks«.³

Das Ausbleiben eines solchen Faktenchecks kann als Unwille zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der eigenen Vorfahren interpretiert werden. Möglicherweise ist es aber schlicht auch Ausdruck der Unkenntnis, wo überhaupt Fakten zu suchen wären. An diesem Punkt setzt das neu erschienene Handbuch des Niedersächsischen Landesarchivs an. Es stellt elf Aktengruppen

aus sieben Abteilungen des Landesarchivs vor, in denen Interessierte personenbezogene Unterlagen zur NS-Zeit und ihren Folgen finden können. Die Auswahl reicht von der schriftlichen Überlieferung der Finanzverwaltungen über Strafprozess- und Entnazifizierungs- bis hin zu Wiedergutmachungsakten. Dabei werden auch solche Aktengruppen näher in den Blick genommen, von denen die historische Forschung bislang nur selten Gebrauch gemacht hat, etwa Erbgesundheitsakten oder Akten zur Kriegsoffiziersversorgung.

Der Aufbau der einzelnen Beiträge folgt stets demselben klaren Schema: An eine Hinführung zur Aktengruppe, in der bereits Erwartungsmanagement hinsichtlich dessen betrieben wird, was Nutzerinnen und Nutzer in den Archivalien finden dürften, schließen sich hilfreiche Erläuterungen zum zugehörigen Verwaltungsverfahren sowie zu Aufbau und Inhalt der jeweiligen Akten an. Nachfolgend werden Quellenwert, Nutzungsbedingungen und ergänzende Überlieferungen besprochen. Ein Kapitel zu den allgemeinen Nutzungsmöglichkeiten im Niedersächsischen Landesarchiv – das im Wesentlichen die Regelungen hinsichtlich der Schutzfristen im Niedersächsischen Archivgesetz wiedergibt – sowie ein Abschnitt zu Recherchemöglichkeiten außerhalb des Landesarchivs rahmen schließlich die Vorstellung der elf Aktengruppen sinnvoll ein.

Das Handbuch des Niedersächsischen Landesarchivs ist über die Landesgrenzen hinweg unbedingt zu empfehlen. Zwar weisen einige der hier präsentierten Aktengruppen regionale Spezifika auf – beispielsweise sind Erbhofakten wegen des hohen Prozentsatzes an Erbhöfen auf dem Gebiet des späteren Lands Niedersachsen für die Landesgeschichte besonders relevant –, dennoch erlaubt die kompakte Einführung den Einstieg in vergleichbare Bestände auch anderer Staats- und Landesarchive. Bedauerlich ist einzig, dass die Herausgeber in ihren Texten weitgehend auf aktenskundliche Ausführungen verzichtet haben. Die Leserinnen und Leser des Handbuchs werden so in der konkreten Auseinandersetzung mit den Unterlagen, die sie mithilfe des Handbuchs gefunden haben, allein gelassen. Hier hilft Interessierten jedoch der hervorragende Onlinekurs »Modern Diplomats of the Holocaust« weiter, der auf Deutsch und auf Englisch kostenfrei über die Webpräsenz der European Holocaust Research Infrastructure (EHRI) absolviert werden kann.⁴

Johannes Beermann-Schön
Fritz Bauer Institut

1 Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall, *Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, Frankfurt am Main 2002, S. 205.

2 Vgl. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft (evz) (Hrsg.), *MEMO. Multidimensionaler Erinnerungsmonitor Studie III 2020*, Bielefeld 2021, S. 15.

3 »Die Vergangenheit wird als Fiktion verhandelt«. Gespräch mit der Literaturwissenschaftlerin Daniela Henke über fiktionales und faktuales Erzählen und die Vermeidung einer Auseinandersetzung mit NS-Täterschaft, 31.07.2020, Freiburg«, in: Clemens Böckmann, Johannes Spohr (Hrsg.), *Phantastische Gesellschaft. Gespräche über falsche und imaginierte Familiengeschichten zur NS-Folgezeit*, Berlin 2022, S. 185–201, hier: S. 200.

4 »Modern Diplomats of the Holocaust«, in: *European Holocaust Research Infrastructure (EHRI)*, <https://training.ehri-project.eu/unit/6-modern-diplomatics-holocaust> (20.3.2025).